

## Einwohnerrat

Legislaturperiode 2018 bis 2021

## Protokoll

der Sitzung vom Dienstag, 8. September 2020, 19.00 Uhr, Sporthalle Aue

<b>Behandelte Traktanden</b>	<b>Seite</b>
1a. Dringliche Anfrage Fritz Bosshardt und Benjamin Steiner vom 20. Juli 2020 betreffend Grünfläche statt Parkplätze im RPB (43/20); Antwort	4
1b. Dringliche Motion Nadia Omar und Mitunterzeichnende vom 12. August 2020 betreffend Überarbeitung von Badens WOV (45/20); Antrag auf Überweisung/ Nichtüberweisung	5
2. Prüfung einer Gemeindefusion Turgi-Baden; Projektierungskredit (37/20)	5
3. Primarschule und Tagesstrukturen; Umbau Husmatt 7/9, Projektierungs- und Baukredit (38/20)	11
4. Erschliessungsbucht für die Liegenschaften Mellingerstrasse 43 – 51; Baukredit (39/20)	14
5. Terrassenbad; Sanierung Wellen- und Kinderbecken; Baukredit (40/20)	15
6. Dringliches Postulat Alex Berger und Iva Marelli vom 25. April 2017 betreffend Limmatbad – Baden ist Flussbadi (32/17); Antrag auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung	20
7. Anfrage Tobias Vonesch vom 15. Januar 2020 betreffend Bewilligungsprozess Frühlings-Wiesn (05/20); Antwort	23
8. Anfrage Karim Twerenbold vom 20. Dezember 2019 betreffend Haltung des Stadtrats zum Bäder-Seilbahnprojekt RVBW (01/20); Antwort	24
9. Anfrage Hansruedi Stauffacher vom 28. Mai 2020 betreffend Stadtcasino Baden AG – Ausschüttung einer Dividende und Kurzarbeit (30/20); Antwort	28
10. Fuss- und Radweg Untere SBB-Limmatbrücke Baden-Wettingen; Kredit-abrechnungen (42/20)	30
1a. Dringliche Anfrage Fritz Bosshardt und Benjamin Steiner vom 20. Juli 2020 vom 20. Juli 2020 betreffend Grünfläche statt Parkplätze im RPB (43/20); Antwort	31
1b. Dringliche Motion Nadia Omar und Mitunterzeichnende vom 12. August 2020 betreffend Überarbeitung von Badens WOV (45/20); Antrag auf Überweisung	33

Vorsitz: Sander Mallien

Protokoll: Marco Sandmeier, Stadtschreiber II

Stimmzählende: Georg Gindely  
Tobias Vonesch

Anwesend: 42 Mitglieder des Einwohnerrats  
6 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Andres Greter, Sportkoordinator  
Reto Isler, Leiter technisches Gebäudemanagement  
Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation  
Heinz Kubli, Stadtschreiber  
Mirjam Obrist, Leiterin Volksschule  
Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau  
René Saurenmann, Betriebsleiter Terrassenbad  
Manfred Schätti, Leiter Immobilien  
Christian Vogler, Energiekoordinator  
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung  
Dario Zottele, Immobilien

Entschuldigt: Michael Brandmaier  
Norma De Min  
Natalie Flückiger  
Claudio Miotti  
Susanne Slavicek  
Steven Van Petegem  
Karim Twerenbold

Die Beschlüsse gemäss den Ziffern 2, 3.1., 4., 5.1., 10.1. und 10.2. unterstehen dem fakultativen Referendum. Er ist einer Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von mindestens 10% der Stimmberechtigten in einem schriftlichen Begehren innert 30 Tagen nach Publikation des entsprechenden Beschlusses verlangt wird.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich begrüsse Sie zur heutigen Einwohnerratssitzung zum ersten Mal in der Sporthalle Aue.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Mitglieder entschuldigt:

- Michael Brandmaier
- Norma De Min
- Natalie Flückiger
- Claudio Miotti
- Susanne Slavicek
- Steven Van Petegem
- Karim Twerenbold

Wir wünschen den vier Mitgliedern, die sich krankheitshalber entschuldigt haben, gute Besserung.

Es gilt das überarbeitete Covid 19-Schutzkonzept. Ich bitte alle, sich daran zu halten.

## **Mitteilungen**

Die Inpflichtnahme von Norma De Min entfällt, da sie sich für heute Abend krankheitshalber abmelden musste.

Der Stadtrat hat beschlossen, das Traktandum "Parkaus Ländli AG, Eigentümerstrategie" zurückzuziehen. Stadtrat Philippe Ramseier wird sich später dazu äussern.

Das Traktandum "Anfrage Selena Rhinisperger und Mitunterzeichnende vom 9. Dezember 2019 betreffend Haltung der Stadt Baden zur OASE; Antwort" wurde ebenfalls von der Traktandenliste gestrichen. Die Elemente der OASE werden einstweilen auf der Richtplanstufe Zwischenergebnis belassen. Selena Rhinisperger hat mitgeteilt, dass sie unter diesem Gesichtspunkt auf eine Traktandierung verzichtet.

Ich mache Sie auf zwei Veranstaltungen aufmerksam:

Am kommenden Samstag, 12. September 2020, organisiert die Gruppe "Stadtlabor" einen Stadtspaziergang entlang dreier Freiräume, die vom Heimatschutz mit dem Wakkerpreis 2020 ausgezeichnet wurden. Der Spaziergang startet um 14.00 Uhr am Theaterplatz.

An der Oktobersitzung wird das Geschäft "Reglement über den Mehrwertausgleich von Planungsvorteilen" traktandiert. Der Stadtrat wird am 21. September 2020, um 19.00 Uhr, im Amtshimmel eine Infoveranstaltung dazu durchführen. Die Einladung wird in den nächsten Tagen versandt.

## **Philippe Ramseier, Stadtrat**

Der Stadtrat hat entschieden, das Traktandum betreffend die Eigentümerstrategie der Parkhaus Ländli AG zurückzuziehen. Der politische Prozess konnte nicht durchgezogen werden. Wir nehmen den Rückzug zum Anlass, die Abgrenzung zwischen Eigentümerstrategie, Statuten, Daueraufgaben, GV-Aufgaben und Kompetenzen zu erklären und den einzelnen Fraktionen darzulegen.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Seit der letzten Sitzung sind folgende parlamentarische Vorstösse eingegangen:

- Dringliche Motion Nadia Omar und Mitunterzeichnende vom 12. August 2020 betreffend Überarbeitung von Badens WOV
- Anfrage Stefan Jaecklin und Michael Brandmaier vom 20. August 2020 betreffend IZAB, Vertragsauflösung oder -fortsetzung
- Anfrage Georg Gindely vom 3. September 2020 betreffend Platz neben dem Royal (früher Villa Schnebli)
- Anfrage Stefan Jaecklin vom 6. September 2020 betreffend "Naturausbuchungen Limmat"
- Anfrage Georg Gindely vom 6. September 2020 betreffend Parkierung Kurtheater
- Anfrage Georg Gindely vom 6. September 2020 betreffend Fusswege im Römerquartier

Seit der letzten Sitzung wurden folgenden parlamentarischen Vorstösse erledigt:

- Dringliche Anfrage Fritz Bosshardt und Benjamin Steiner vom 20. Juli 2020 betreffend Grünfläche statt Parkplätze im RPB
- Anfrage Daniel Glanzmann vom 5. Juni 2020 betreffend Bezirksgebäude, Ländliweg 2; Fassadensanierung; Umgang mit den Honorarkosten "Architekt"

Die Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 2./3. Juni 2020 und 11. August 2020 wurden publiziert. Es sind keine Einwände oder Korrekturanträge eingegangen. Somit sind die Protokolle gültig. Ich bedanke mich bei allen an der Erstellung Beteiligten.

Ich bitte Sie, schriftlich vorbereitete Voten an das Ratssekretariat zu senden.

### **1a. Dringliche Anfrage Fritz Bosshardt und Benjamin Steiner vom 20. Juli 2020 betreffend Grünfläche statt Parkplätze im RPB (43/20); Antwort**

Das geplante Vorgehen ist wie folgt:

Zuerst die Diskussion und die Abstimmung betreffend die Dringlichkeit. Für die Dringlichkeit braucht es eine Zweidrittelsmehrheit.

Falls der Dringlichkeit zugestimmt wird, wird die dringliche Anfrage am Schluss der Sitzung behandelt.

### **Beschluss:**

Der Dringlichkeit wird (grossmehrheitlich) zugestimmt.

## **1b. Dringliche Motion Nadia Omar und Mitunterzeichnende vom 12. August 2020 betreffend Überarbeitung von Badens WOV (45/20); Antrag auf Überweisung/Nichtüberweisung**

Das geplante Vorgehen ist wie bei der vorangegangenen dringlichen Anfrage:

Diskussion und Abstimmung bezüglich der Dringlichkeit. Für die Dringlichkeit ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Falls der Dringlichkeit zugestimmt wird, wird die dringliche Motion am Schluss der Sitzung behandelt.

### **Beschluss:**

Der Dringlichkeit wird (grossmehrheitlich) zugestimmt.

## **2. Prüfung einer Gemeindefusion Turgi-Baden; Projektierungskredit (37/20)**

### **Markus Rausch, Präsident Finanzkommission**

Die Finanzkommission anerkennt, dass sich die Verwaltung nach der gescheiterten Fusion mit Neuenhof über ein geeignetes Vorgehen für eine nächste Fusion Gedanken gemacht und die Lehren aus dem Scheitern gezogen hat. Die Finanzkommission unterstützt das geplante phasenweise Vorgehen.

Das Projekt wird in zwei Phasen abgewickelt:

In der ersten Phase (Vorprojekt) werden in ausgewählten Themenbereichen die Grundlagen erarbeitet, um den Auftrag der Bevölkerung zum Ausarbeiten des Fusionsvertrags abzuholen.

In der zweiten Phase (Hauptprojekt) werden alle Themenbereiche im Detail bearbeitet und der Fusionsvertrag ausgearbeitet.

Terminlich besteht eine ambitionierte Zielvorgabe:

- Vier verwaltungsinterne Workshops
- Information und Einbezug Bevölkerung im Januar 2021
- Workshop 5 und Schlussbericht Februar 2021
- Volksabstimmung im Juni 2021 betreffend Auftrag zum Ausarbeiten des Fusionsvertrags
- Einwohnerrat und Gemeindeversammlung Turgi im Dezember 2022 über den Fusionsvertrag
- Volksabstimmung im März 2023 über den Fusionsvertrag
- Zusammenschluss am 1. Januar 2024.

In der Phase 1 werden sieben Arbeitsgruppen gebildet. Die Finanzkommission hat ein besonderes Interesse an der Gruppe "Analyse und Planung der Finanzen".

Hier wird von der Finanzkommission ein Finanzbericht über beide Gemeinden gefordert. Es sind neutrale externe Berichte gewünscht, die mit einer neutralen Aussensicht die Finanzsituation analysieren. Ergänzend muss der Bevölkerung ebenfalls die Entwicklung des Finanzausgleichs als Argument aufgezeigt werden, das sich positiv auswirken könnte. Diese Finanzauswirkungen sollen zwingend der Finanzkommission mit der nötigen Detaillierung vorgelegt werden.

Die Finanzkommission begrüsst den Einbezug der Bevölkerung im vorletzten Workshop. Die Dokumentation der Arbeitsergebnisse im Schlussbericht bildet ein stabiles Fundament für die Volksvorlage.

Projektorganisation:

Die Projektorganisation für eine externe professionelle Unterstützung der Begleitung des Verfahrens und der Kommunikation ist gut aufgestellt. Die Erfahrungen anderer Fusionsprojekte können so eingebracht und genutzt werden. Es stellt sich einzig die Frage, wie die politische Vertretung der Bevölkerung abgeholt wird. Es gibt kein Begleitgremium. Der Einwohnerrat wird deshalb aufgefordert, sich mit dieser Vorlage in die Diskussion einzubringen oder am vorletzten Workshop teilzunehmen. Es gibt aus Zeitgründen keine Einwohnerratsvorlage vor der letzten Abstimmung.

Kosten:

Die Projektkosten – in der Vorlage nun mit Mehrwertsteuern – sind nachvollziehbar. Der Kostenteiler mit Turgi ist mit  $\frac{3}{4}$  zu  $\frac{1}{4}$  aus Badener Sicht fair und angemessen.

Die Finanzkommission stimmt dem Antrag für einen Projektierungskredit für die Prüfung einer Gemeindefusion Turgi-Baden einstimmig zu.

## **Gian von Planta**

Wir freuen uns, dass dieser Kredit im Einwohnerrat eine klare Mehrheit findet. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass sich schliesslich auch eine Mehrheit in der Bevölkerung für eine Fusion aussprechen wird. Das wird noch viel Überzeugungsarbeit brauchen.

Es ist uns deshalb wichtig, dass die Diskussion nicht nur auf eine Steuereffizienzdiskussion reduziert wird. Oder darauf, wieviel Geld wir vom Kanton erhalten oder wieviel Geld wir durch Synergien sparen könnten, was sicherlich der Fall sein wird. Wenn wir nur finanzielle Aspekte betrachten und nur Baden mit Turgi vergleichen, wird ein Alleingang finanziell immer besser für Baden sein. Dasselbe würde übrigens auch für Fusionen mit Neuenhof, Wettingen und anderen Gemeinden – vielleicht mit Ausnahme von Ennetbaden – gelten.

Eine Fusion macht nur dann Sinn, wenn wir den Fokus vom Regionalen auf das Überregionale ausweiten. Dann erst können wir den Sinn der Fusion erkennen. Erst, wenn aus Baden eine Regionalstadt wird, werden wir im schweizweiten Vergleich nicht an Relevanz einbüßen und nicht zu einem weiteren einfachen Vorort von Zürich werden.

Relevanz und Grösse sind eben doch entscheidend.

Grösse entscheidet zum Beispiel darüber, ob neue Kulturangebote in Baden oder Aarau entstehen, oder ob neue private Mobilitätskonzepte, wie Velo- oder E-Trottnett-Sharing, eingeführt werden. Grösse entscheidet auch, ob der neue Flagshipstore des neuen Modelabels die Altstadt von Baden oder Rapperswil belebt. Grösse entscheidet auch darüber, ob der Halt des Schnellzugs in Baden oder in Dietikon erfolgt. Und Grösse ist entscheidend, weil es für eine Stadt mit 60'000 Einwohnern einfacher ist, eine direkte Verbindung an den Flughafen zu erhalten als eine mit 19'000 Einwohnern.

Eine grosse Stadt erhält einfach mehr Gehör bei Kanton und Bund. Eine grosse Stadt macht aber auch ordnungspolitisch Sinn. Weil heute die Gemeindegrenzen viel zu eng sind, hat das zu einer

Vielzahl von Zweckverbänden geführt. Die Aufgaben werden sinnvollerweise über die bestehenden Grenzen hinweg abgewickelt. Zweckverbände haben aber grosse Nachteile. Erstens sind sie nur schwer zu führen und zu verändern, und zweitens entziehen sie sich komplett der politischen Steuerung durch ein Parlament.

Es geht für uns also bei der Fusion mit Turgi nicht nur um den Steuerfuss, sondern um einen ersten Schritt zu einer starken Regionalstadt mit eigener Identität, die nicht zum Vorort von Zürich wird.

## **Olivier Funk**

Das team baden setzt sich schon seit Jahren für das Thema Gemeindezusammenschlüsse ein. Im 2016 führten wir eine Veranstaltung durch für alle Politiker der Grossregion Baden zur Rolle der Stadt Aarau im Projekt "Zukunftsraum Aarau". Gast war die damalige Gemeindepräsidentin von Aarau. Im Jahr 2017 führten wir eine Veranstaltung in Turgi durch für die gleiche Zielgruppe, an der Prof. Stephan Käppeli von der Hochschule Luzern Gastredner war. Er hat selbst diverse Fusionsprojekte in der Schweiz begleitet. Er unterscheidet zwei Typen oder Gründe von Fusionen:

- Fusion aus "Not"
- strategische Fusion.

Wir sind uns sicherlich einig, dass für Baden die Fusion mit Turgi keine Fusion aus Not wäre. Es wäre somit eine strategische Fusion. Diese bezeichnet Prof. Käppeli als "sehr anspruchsvoll".

Er gibt dafür folgende Ratschläge:

- Das Verfahren muss ergebnisoffen und neutral geführt werden.
- Bevölkerungs- und Interessengruppen sind mit partizipativem Verfahren einzubeziehen.
- Politischer Wille und Führung sind notwendig.
- Eine überzeugende Vision bzw. Vorteile sind notwendig.
- Weiche Faktoren sind oftmals wichtiger als harte.
- Quartierstrukturen können Angst vor Anonymisierung mildern.
- Kommunikation ist sehr wichtig.

Ich komme nun zur Vorlage:

Angesichts der Wichtigkeit der Vorlage (schliesslich geht es um ein Legislaturziel) und angesichts des soeben dargestellten hohen Anspruchs an dieses Unterfangen, erachtet das team baden die Ausführungen in der Vorlage als recht dürftig.

Wir begrüssen es, dass in Phasen vorgegangen wird, und am Ende der ersten Phase eine Volksabstimmung geplant ist. Der Zeitplan scheint uns allerdings etwas sportlich. Wir empfehlen, speziell für die erste Phase, sich mehr Zeit zu lassen.

Es werden zwar Arbeitsgruppen und Themen erläutert, nicht aber die Ziele der Arbeitsgruppen.

Aus unserer Sicht ist es in der ersten Phase zentral, auch die weichen, emotionalen Faktoren – wie vorher erwähnt – in den Vordergrund zu rücken. Es muss uns gelingen, eine Vision aufzuzeigen, und die Vorteile für Baden herauszustreichen. Dazu muss die Bevölkerung frühzeitig involviert werden. Der Satz auf Seite 2 der Vorlage, ich zitiere: "Im Anschluss an den vierten Workshop im Januar 2021 wird die Bevölkerung über den Stand der Ergebnisse informiert und kann sich einbringen." ist uns zu nebensächlich formuliert.

Sind wir ehrlich: Es wird für die Stadt Baden schwierig sein, der kritischen Bevölkerung von Baden zu erklären, wieso sie mit Turgi fusionieren sollte. Die Vorbereitung, die Involvierung und die Kommunikation erscheinen uns deshalb eminent wichtig.

Das team baden ist überzeugt, dass wir in Zukunft vermehrt mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten und auch fusionieren müssen. Die aktuellen und kommenden Herausforderungen machen keinen Halt an der Gemeindegrenze. Gerade in der Raumplanung, aber auch in anderen Bereichen braucht es mehr Miteinander als nur Gemeinde-Silos. Das team baden erachtet es deshalb als wichtig, dass das Pilotprojekt erfolgreich wird; deshalb unsere mahnenden Worte bereits am Anfang des Prozesses.

Wir werden dem Projektierungskredit natürlich zustimmen.

### **Sarah Wiederkehr**

1. Eine hohe Zufriedenheit mit dem Ist-Zustand.
2. Die Angst vor einer Erhöhung des Steuerfusses.
3. Ein negatives Bild der Gemeinde Neuenhof in Baden

Das sind im Wesentlichen die drei negativen Punkte, weshalb der Zusammenschluss mit Neuenhof scheiterte. Das ergab eine repräsentative Umfrage 2010.

Es ist sicherlich das Ziel von uns allen, dass sich das zehn Jahre später nicht wiederholt. Die Vorteile einer Gemeindefusion hat Gian von Planta in seinem Votum erläutert. Olivier Funk hat nochmals aufgezeigt, welche Punkte zu beachten sind. Wir schliessen uns diesen Erläuterungen an.

Denjenigen, die von weiteren Vorteilen einer Gemeindefusion nachlesen möchten, empfehle ich, das Plädoyer für eine Regionalstadt Baden-Wettingen von Bruno Meier aus dem Jahr 2015, welches so geschrieben wurde, dass es heute noch aktuell erscheint.

Wir finden das Vorgehen mit den zwei Stufen sehr gut. Wie für das team baden ist es für uns unerlässlich, die Bevölkerung in der Phase 1 einzubeziehen. Wir finden es wichtig, dass die Vorteile für die Stadt Baden in der ersten Phase aufgezeigt werden und Kritikern offen begegnet wird. Wir sind zuversichtlich, dass der Projektprozess durch den externen Projektleiter, Herrn Jean-Claude Kleiner, gut begleitet werden wird.

Wir unterstützen den Projektierungskredit und freuen uns auf einen positiven Ausgang der Volksabstimmung.

### **Stefanie Kessler**

Die SP Baden wird dem Projektierungskredit für die Prüfung einer Gemeindefusion Turgi-Baden zustimmen.

Dass das Projekt in zwei Phasen abgewickelt wird, zeigt, dass die nötigen Erkenntnisse aus dem gescheiterten Fusionsversuch mit Neuenhof in den Prozess mit Turgi eingeflossen sind. Wir begrüßen das sehr.

Die Vorlage wirkt allerdings auf uns sehr technisch und verwaltungslastig. Uns fehlen die Emotionen. Wir wünschen uns, dass die Projektverantwortlichen nicht vergessen, dass vor allem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugt werden müssen. Sie haben es nämlich in der Hand, ob diese Vereinigung zustande kommen wird oder nicht. Wir sind deshalb der Meinung, dass diese Zielgruppe so früh wie möglich ins Boot geholt werden muss. Vor allem soll den Badenerinnen und Badenern aufgezeigt werden, warum sie einer Fusion mit Turgi zustimmen sollen.

Fazit:

Wir hätten gerne weniger "Bachelor" und mehr "Traumhochzeit"!

### **Adrian Gräub**

Das Thema Fusion wird uns in Zukunft begleiten. Die SVP sieht die Notwendigkeit und sogar die Pflicht kleinerer und mittlerer Gemeinden, sich Gedanken zu machen, was in 10 bis 20 Jahren in der Region passieren wird. Es ist unabdingbar, sich damit zu beschäftigen und die Lehren aus den Zusammenschlussprojekten der Vergangenheit zu ziehen. Das hat die SVP Baden gemacht.

Ich komme jetzt zur eigentlichen Vorlage:

Das zweistufige Vorgehen ist sinnvoll. Es fehlen jedoch Kriterien für das Abwägen von Vor- und Nachteilen eines Zusammenschlusses. Auch die ausgewählten Themenfelder machen Sinn. Bei der Zusammenarbeit fehlen jedoch die Prüfkriterien. Die Vor- und Nachteile eines Zusammenschlusses werden nicht aufgezeigt. Ich habe das Gefühl, dass man glaubt, bereits Lösungen parat zu haben, was fatal wäre.

Die SVP möchte wissen, was die Grundlagen eines solchen Entscheids sind. Wie sehen die Kriterien und das Vorgehen aus? Wäre bei Uneinigkeiten in einem Themenbereich ein Ausstieg aus dem Projekt überhaupt möglich? Will der Stadtrat das überhaupt? Glaubt man den Zeitungsartikeln, wird ein Ausstieg eher nicht möglich sein.

Die SVP empfiehlt, die Gemeindefusion mit Turgi zu prüfen, jedoch nur mit klaren Kriterien: transparent und neutral. Die SVP wird der Vorlage nur zustimmen, wenn der Zugang zu sämtlichen Dokumenten gewährleistet ist und für den Stadtrat ein Ausstiegsszenario denkbar ist.

### **Markus Füllemann**

Die FDP findet den Antrag gut, das Vorgehen auch und die Kosten vertretbar. Wir werden demzufolge dem Projektierungskredit fast einstimmig zustimmen. Folgende Punkte erachten wir als wichtig:

1. Es muss ergebnisoffen sein. Es ist für die FDP offen, ob es schliesslich zu einer Fusion kommen wird oder nicht.
2. Es braucht klare Kriterien.

3. Die Finanzen sind kein "Nebengleis". Die Finanzen sind für uns in der ersten Kategoriereihe aufzuführen.

Es gibt also einige Punkte, die sorgfältig geprüft werden müssen. Deshalb ist es unser Anliegen, sich Zeit zu lassen. Wie schon erwähnt wurde, ist der Zeitplan ziemlich sportlich. Man sollte sich Zeit nehmen, alle Punkte sorgfältig zu prüfen, auch wenn es ein paar Monate länger dauern sollte.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich bedanke mich für die grundsätzlich gute Aufnahme der Vorlage. Es ist für uns wichtig, zu spüren, dass der Einwohnerrat die gleiche Haltung wie der Stadtrat hat; nämlich, die Fusion seriös zu prüfen, und danach in einem zweistufigen Prozess vorzugehen. Es stimmt uns positiv, dass Sie diesem Vorgehen zustimmen. Die Hinweise, die Sie uns auf den Weg geben, erachten wir als wertvoll.

Aufgrund Ihrer Hinweise, müssen wir uns überlegen, ob die Workshops genügen werden oder ob wir andere Schritte einleiten müssen. Die Finanzkommission ist selbstverständlich an der finanziellen Seite des Projekts interessiert. Wir wollen transparent sein, uns keine Alleingänge leisten und die Bevölkerung offen und ehrlich überzeugen, weshalb Sie der Fusion zustimmen sollte.

Wir begeben uns jetzt auf den Weg mit den Workshops, in denen verschiedene Themenbereiche diskutiert werden, welche wir vorgängig mit Fachleuten besprochen haben. Es sind wichtige Themen für die Ausschaffung eines Fusionsvertrags und um der Bevölkerung die nötigen Eckdaten für eine Fusion zu liefern. Die eigentliche Arbeit beginnt jedoch erst mit der Ausarbeitung eines Fusionsvertrags. Wir sind uns bewusst, dass der Zeitplan sportlich gewählt ist. Wir haben uns jedoch das Ziel bewusst gesetzt. Sollte der Zeitplan aus irgendwelchen Gründen nicht eingehalten werden können, würden wir selbstverständlich keine minderwertige Vorlage abliefern. Wir werden uns in einem so wichtigen, zukunftsweisenden Geschäft die Zeit nehmen, die es braucht.

Es wurde nach einer Ausstiegsmöglichkeit aus dem Projekt gefragt. Sollte der Prozess darauf hinweisen, dass es triftige Gründe für einen Prozessabbruch gibt, z. B. etwas, was der Stadt schaden würde, wären wir die letzten, die auf eine Fortführung des Prozesses beharren würden.

Man wünschte sich "mehr Traumhochzeit als Bachelor". Wir müssen zusammenarbeiten. Wir müssen jetzt mit der Gemeinde Turgi zusammen Themen auf Augenhöhe bearbeiten, bei denen die Ausgangslage unterschiedlich ist. Eine grosse Stadt mit einem grossen Steuervolumen und eine kleine Gemeinde mit einem kleinen Steuervolumen, welche sich zusammenschliessen und die Vor- und Nachteile eines solchen Zusammenschlusses angehen wollen. Ich spüre von Ihnen die Unterstützung für diesen Weg. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen und ich werden diese Unterstützung mit auf den Weg nehmen, sodass wir mit Begeisterung im März die Resultate präsentieren und die Vorteile eines Zusammenschlusses aufzeigen können.

### **Adrian Gräub**

Ich freue mich zu hören, dass ein Ausstieg aus dem Projekt möglich wäre.

Ist eine Einsichtnahme in die Dokumente möglich, bevor der Prozess eingeleitet wird oder erst nach dem Workshop 4?

## **Markus Schneider, Stadtmann**

Ich habe Verständnis für das Anliegen. Wir werden den Weg mit den Workshops gemeinsam gehen und schliesslich Resultate präsentieren.

Ich kann Ihnen jedoch den Kriterienkatalog für die Beurteilung eines definitiven Fusionsvertrags zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufzeigen. Wir werden diesen noch miteinander erarbeiten.

## **Beschluss**

Für die Prüfung einer Gemeindefusion Turgi-Baden wird ein Projektierungskredit von brutto CHF 289'000 (inkl. MWST, Kostengenauigkeit  $\pm$  5% (CHF 277'000 exkl. MWST) genehmigt (41 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme).

### **3. Primarschule und Tagesstrukturen; Umbau Husmatt 7/9, Projektierungs- und Baukredit (38/20)**

#### **Markus Rausch, Präsident Finanzkommission**

Die Abteilung Bildung benötigt ab dem Schuljahr 2021/2022 in Dättwil zwei zusätzliche Abteilungsräume. Die Realisierung soll in der Liegenschaft Husmatt 7/9 angeboten werden.

Die Tagesstrukturen sollen im gleichen Gebäude angeboten werden können.

Im Zeithorizont bis zum Schuljahr 2032/33 kann der Bedarf an Schul- und Betreuungsraum mit diesem Umbau und somit ohne den Bau eines zweiten Schulhauses abgedeckt werden.

Die Husmatt 7/9 steht im Eigentum der Ortsbürgergemeinde und wird von der Einwohnergemeinde gemietet. Alle involvierten (Fach)-Abteilungen (Planung und Bau, Bildung und Gesellschaft) konnten die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Erweiterung darlegen. Einzig die Beziehung zwischen Eigentümer der Liegenschaft und Mieter bezüglich der getätigten Investitionen in die Bausubstanz wird kritisch hinterfragt. Von jedem anderen Eigentümer ausser der Ortsbürgergemeinde hätte man wohl verlangt, dass er sich an den Investitionen in die Bausubstanz der Liegenschaft beteiligt. Wer baut schon einen Personenlift, ersetzt resp. erneuert sanitäre Einrichtungen und Elektro-Installationen in einer Liegenschaft, die ihm nicht gehört? Wir können nur hoffen, dass dies im Mietpreis berücksichtigt wurde.

Die Kommission wünscht sich, dass sich die Verwaltung generell einmal mehr Gedanken zu alternativen Finanzierungsmodellen von Schulbauten machen würde. Warum dieses Vorhaben wiederum unter einem so grossen Zeitdruck geplant und realisiert werden muss, blieb in der Kommission leider unbeantwortet und ist nicht nachvollziehbar.

Die Finanzkommission beschliesst, den Anträgen für den Umbau des Gebäudes Husmatt 7/9 grossmehrheitlich zuzustimmen.

#### **Barbara Bircher**

Die SP-Fraktion wird sowohl den Projektierungs- und Baukredit für den Umbau des Gebäudes Husmatt 7/9 bewilligen als auch von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten Kenntnis nehmen.

Es ist uns klar, dass zusätzlicher Schul- und Betreuungsraum in Dättwil dringend benötigt wird. Wir sind jedoch konsterniert über die zusätzlichen hohen Mietkosten, die sich mit dem neuen Vertrag ergeben werden. Aufgrund der Kündigung der Räumlichkeiten im Rundturm und im Zeka hätten wir eine Mietreduktion erwartet. Die Mietkosten sind jedoch höher als bisher. Bei einer zusätzlichen Nutzung für die (Fach)-Abteilungen Bildung und Gesellschaft, ist der vorliegende Mietpreis schon fast ein Sonderangebot. Wenn der Umbau für die Nutzung der Husmatt für die Schulorganisation räumliche und pädagogische Vorteile mit sich bringt, ist es sogar ein Glücksfall.

Wir bedanken uns bei der Ortsbürgergemeinde als Eigentümerin, dass wir die Räumlichkeiten zu guten Konditionen mieten können. Sie, liebe Ortsbürgerinnen und Ortsbürger, haben die Liegenschaft rechtzeitig erwerben können. Nun können wir als Einwohnergemeinde auch davon profitieren.

### **Kurt Wiedemeier**

Ich nehme im Namen der CVP Stellung zu diesem Traktandum:

Wir empfehlen Ihnen, dem Projektierungs- und Baukredit zuzustimmen.

Wir sind überzeugt, dass diese Vorlage berechtigt ist. Sie ist ausgewiesen. Einerseits durch das Wachstum der Bevölkerung und durch die steigenden Schülerzahlen. Andererseits auch durch die Kündigung in der Husmatt 1 vom 20. März 2020.

Wir haben zwei kritische Anmerkungen dazu:

Wir beziehen uns auf die Situation, das man CHF 1,7 Mio. investieren müsste in einen Bau, der uns nicht gehört. Es wäre nach Ansicht der CVP nicht falsch, wenn die Ortsbürgerinnen und Ortsbürger sich an den Investitionskosten beteiligen würden. Die durch die heute geltenden Normen notwendige Sicherheitsverglasung und der Lift stellen z. B. über die Mietdauer hinaus einen Mehrwert dar.

Wir bitten den Stadtrat deshalb, mit den Ortsbürgerinnen und Ortsbürgern einen Weg zu finden für eine Beteiligung der Ortsbürgergemeinde an diesen Kosten.

### **Esther Frischknecht**

Wir befinden uns wieder einmal in einem Dilemma. Für die FDP ist unbestritten, dass sich die Räumlichkeiten der Husmatt 7/9 für die Schule und die schulergänzende Kinderbetreuung eignen und dass eine Zusammenlegung der verzettelten Räumlichkeiten Sinn macht.

Wir haben hingegen Mühe mit dem vorliegenden Projektierungs- und Baukredit:

Im Projektbeschrieb ist zu lesen, dass die Räume im 1. Obergeschoss in einem guten Zustand sind und lediglich eine Wand entfernt, eine zusätzliche WC-Anlage und zwei Türen eingebaut werden müssen. Im Erdgeschoss sind eine Aufwärmküche, eine WC-Anlage und eine neue Verglasung geplant. Dazu kommt zusätzlich ein Lift.

Zusammengefasst wird für das Entfernen einer Wand, zwei WC-Anlagen, zwei Türen, eine Aufwärmküche, einen Austausch der Verglasung und einen Lift ein Projektierungs- und Baukredit von CHF 1,5 Mio. beantragt.

Lieber Stadtrat: Wie sollen wir aufgrund der abgegebenen Informationen einen Kredit in dieser Höhe bewilligen? Eines ist sicher: Die aufgelisteten Arbeiten kosten keine CHF 1,5 Mio. Einmal mehr fehlen uns die notwendigen Entscheidungsgrundlagen.

Unser Dilemma besteht darin, dass wenn wir den Projektierungs- und Baukredit ablehnen, wir nicht diejenigen strafen, die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, sondern die Schule, welche auf die Räumlichkeiten angewiesen ist. Winken wir jedoch den Kredit einfach durch, bleibt der längst fällige Lernprozess noch länger aus. Es ist nicht das erste Mal, dass wir die mangelnde Transparenz bei einem Kreditantrag bemängeln müssen.

Nach längerem Hin und Her haben wir beschlossen, dem Projektierungs- und Baukredit zuzustimmen. Wir werden jedoch in naher Zukunft eine Motion einreichen, die beantragt, solche Anträge in einer definierten Vorlage mit aussagekräftigen und transparenten Kosten zu stellen. Wir hoffen, dass der Einwohnerrat diesen Antrag unterstützen wird, sodass wir in Zukunft wissen, für was wir so viel Geld ausgeben werden.

### **Luca Wälty)**

Das team baden unterstützt den Projektierungs- und Baukredit, obwohl es den Betrag ebenfalls als sehr hoch erachtet.

Als Einwohnerrat haben wir keine Wahl, dem Projektierungs- und Baukredit zuzustimmen, ausser wir würden die Schülerinnen und Schüler ab dem Schuljahr 2021/2022 auf die Strasse schicken. Es ist in den letzten Jahren immer wieder vorgekommen, dass Schulraum für viel Geld zur Verfügung gestellt werden musste. Das team baden appelliert an den Stadtrat, und speziell auch an den Einwohnerrat, die Schulraumplanung mit der nötigen Weitsicht vorzunehmen.

Die Zusammenführung von Betreuung und Schulraum erachten wir als sinnvoll und zukunftsweisend. In Zukunft sollen bei der Schulraumplanung genügend Reserven eingeplant werden, um teure Provisorien zu vermeiden.

Das team baden stimmt der Vorlage einstimmig zu.

### **Daniel Glanzmann**

Unsere Fraktion wird diesen zwei Anträgen zustimmen.

Die beantragten CHF 1,75 Mio. erscheinen uns aber eher hoch. Es wäre transparenter gewesen, wenn man diese Summe in zwei Kredite aufgeteilt hätte, und zwar in einen Planungs- und in einen Baukredit.

Wir beanstanden regelmässig die Höhe der Honorare. Jetzt scheint die Abteilung Planung und Bau eine Lösung gefunden zu haben, um dem auszuweichen. Man weist diese Details einfach nicht mehr aus. Zudem werden 10% Reserven aufgerechnet, was soweit in Ordnung ist. Es wird dann aber noch eine Kostengenauigkeit von 15% erwähnt.

Die Abteilung Planung und Bau sollte die Kostenzusammenstellung zum Baukredit für das Wellenbecken genauer studieren und sich daran ein Beispiel nehmen.

Wie anfangs gesagt, unterstützen wir diesen Antrag und somit auch den Ausbau dieser Schulanlage mit den Tagesstrukturen.

## **Markus Schneider, Stadtmann**

Nebst dem, dass man zusätzliche Reserven bei der Schulraumplanung einplanen sollte, kostet zusätzlicher Schulraum natürlich auch.

Man sollte gewisse Punkte der Vorlage nochmals genauer prüfen. Einerseits wird die Dringlichkeit bemängelt. Sie ist dringlich, weil zum einen die Schülerzahl-Prognosen von 2019 einen Bedarf an neuem Schulraum aufzeigen, und zum anderen zusätzlicher Betreuungsraum benötigt wird. Deshalb legen wir Ihnen heute einen Projektierungs- und Baukredit vor. Das wollen wir normalerweise vermeiden, weil wir lieber zuerst projektieren, um einen genauen Kostenvoranschlag vorlegen zu können.

Die Aussage, man habe nicht über die Kosten Bescheid gewusst, irritiert mich. Diese wurden der Finanzkommission vorgelegt. Die Finanzkommissionsmitglieder konnten demnach zu den Kosten im Kostenvoranschlag Auskunft geben. Somit wurden die Kosten transparent dargelegt.

Wir nehmen aus der Diskussion mit, die Ausbaukosten nochmals zu überprüfen, was nicht ganz einfach sein wird, weil die Liegenschaft im Eigentum der Ortsbürgergemeinde steht. Gleichzeitig müssen wir auf den Mietzins achten. Es wurde gesagt, es sei ein guter Mietzins. Wir nehmen den Auftrag entgegen, die Angelegenheit nochmals zu prüfen. Wir werden nicht mehr Geld ausgeben, als benötigt.

Ich bitte Sie, dem Projektierungs- und Baukredit zuzustimmen. Der Umbau ist wichtig und eine gute Lösung für Dättwil. Ich bin der Meinung, dass wir das Geld nachhaltig und am richtigen Ort investieren.

## **Adrian Humbel**

Ich möchte mich kurz zum Kostenvoranschlag äussern. Wir haben den Kostenvoranschlag gelesen. Es steht allerdings nichts darüber, dass man CHF 110'000 für die Haustechnik ausgeben muss. Ein Kostenvoranschlag ohne Baubewilligungsgesuch ist auch nicht transparent. Wie sollen wir entscheiden, ob die Kosten berechtigt sind oder nicht, wenn wir nicht wissen, was gebaut werden soll?

## **Beschlüsse:**

1. Für den Umbau des Gebäudes Husmatt 7/9 wird ein Projektierungs- und Baukredit von brutto CHF 1'750'000 (inkl. MWST, Kostengenauigkeit  $\pm$  15%) bewilligt. (einstimmig)
2. Von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten von CHF 113'937.50 zulasten der laufenden Rechnung wird Kenntnis genommen. (einstimmig)
4. **Erschliessungsbucht für die Liegenschaften Mellingerstrasse 43 - 51; Baukredit (39/20)**

## **Markus Rausch, Präsident Finanzkommission**

Die Realisierung der Erschliessungsbucht ist eine Pflicht gemäss einem Verwaltungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2006. Eine halbe Million Franken soll in eine Bucht fliessen, die scheinbar nicht einmal von allen Eigentümern gewünscht wird. Die hohen Kosten resultieren aus der komplizierten

Topographie am besagten Ort, insbesondere der hohen Mauer. Das einzige Positive zum jetzigen Zeitpunkt sind die Synergien aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Instandstellung der inneren Mellingerstrasse.

Gegen das Projekt bestehen bereits Einwendungen, die sich um die Notwendigkeit der Erschliessungsbucht drehen. Es besteht das Risiko eines Rechtsmittelverfahrens, womit das Projekt nicht zusammen mit der Sanierung der inneren Mellingerstrasse realisiert werden kann. In der Folge müsste mit erheblichen Mehrkosten gerechnet werden, wenn die Stadt das Projekt selbständig realisieren müsste.

Zähneknirschend stimmt die Kommission dem Vorhaben zu und hofft, dass nun wenigstens die Synergien mit den kantonalen Arbeiten an der Mellingerstrasse genutzt werden können.

Die Finanzkommission stimmt dem Antrag, für die Erschliessungsbucht für die Liegenschaften Mellingerstrasse 43 - 51 sei ein Baukredit von CHF 540'000 (inkl. MWST, Preisstand Juni 2020) zu bewilligen, einstimmig zu.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Wir können wenigstens die Synergien mit dem kantonalen Bauprojekt an der Mellingerstrasse nutzen. Ich hoffe, dass wir damit diese Verpflichtung erledigen können.

### **Beschluss**

Für die Erschliessungsbucht für die Liegenschaften Mellingerstrasse 43 - 51 wird ein Baukredit von CHF 540'000 (inkl. MWST, Preisstand Juni 2020) bewilligt. (einstimmig)

## **5. Terrassenbad; Sanierung Wellen- und Kinderbecken; Baukredit (40/20)**

### **Markus Rausch, Präsident Finanzkommission**

Das Wellen- und Kinderbecken inklusive deren technische Infrastruktur ab Technikzentrale haben das Ende ihrer Lebensdauer erreicht und müssen saniert werden. Die technische Infrastruktur ab der Technikzentrale zu den beiden Becken entspricht nicht mehr den kantonalen Auflagen und den anzuwendenden Normen. Um den Betrieb des Terrassenbads auch in Zukunft gewährleisten zu können, wird grossen Wert auf langfristige Werterhaltung und eine nachhaltige Unterhaltsstrategie gelegt.

An der Einwohnerratssitzung vom März 2017 wurde dem Projekt "Sanierung Terrassenbad, Flachdach inklusive Absorberanlage und Solarkollektoren, Ausbau Badewasseraufbereitung (BWA)" die Strategie und Stossrichtung für die folgenden Jahre vorgegeben. Es war gleichzeitig ein Bekenntnis zum Standort und für einen nachhaltigen Betrieb.

In der Vorlage und in der Präsentation in der Finanzkommission konnte überzeugend dargelegt werden, dass verschiedene Varianten analysiert wurden und die nachhaltigste und wirtschaftlichste ausgewählt wurde. Die Erfahrungen im Springerbecken mit dem CNS-Becken haben dazu geführt, dass nun auch diese beiden Becken in CNS ausgekleidet werden.

Die Kostendarstellung in der Einwohnerratsvorlage ist nach dem Geschmack der Finanzkommission etwas zu grob skizziert und nicht restlos nachvollziehbar. In der Zwischenzeit wurde der detaillierte Kostenvoranschlag für die Bauarbeiten der Finanzkommission nachgereicht. Die Transparenz ist somit gegeben.

Einzelne Voten betonen, dass es sich um eine Zentrumslast handle, die von der Stadt Baden für auswärtige Besucher getragen werde. Andere Voten werfen die Frage auf, ob es das Wellenbad als Attraktion brauche. Dies wird von den Gegenvotanten vehement bejaht, weil dies gerade bei Kindern beliebt sei.

Die Finanzkommission stimmt dem Antrag für die Sanierung des Wellen- und Kinderbeckens im Terrassenbad grossmehrheitlich zu.

### **Thomi Bräm**

Das Terrassenbad ist regional eine einzigartige Anlage mit schöner Hanglage und mit einem Wellenbad. Das Wellenbad und die Anlage sind nach fast 40 Betriebsjahren am Ende ihrer Lebensdauer, sind stark abgenutzt, und die Auskleidung muss saniert werden. Einiges entspricht nicht mehr den kantonalen Auflagen und anzuwendenden Normen, insbesondere betreffend der Wasserqualität.

Unsere Stadt heisst Baden, und das strahlt auch gegen aussen. Alles, was mit dieser Affinität "baden" im Zusammenhang steht, sollte unbedingt proaktiv angegangen werden, damit es sich herumspricht, dass man in Baden auch perfekt "baden" kann, also mit hoher Wasserqualität, weniger Chemikalieneinsatz und weniger Verletzungsgefahr.

Die Kosten von CHF 4'510'784 sind eher hoch. In Anbetracht der langen Lebensdauer von 35 Jahren, der zu erwartenden sinkenden Betriebskosten und der guten Erfahrungen der Chromnickelstahl-Lösung im Springerbecken sind sie jedoch akzeptabel. Es ist auch sinnvoll, das Kinderplanschbecken gleichzeitig zu sanieren, um durch Synergien Kosten zu sparen. Obwohl die Wasserfläche nicht ausgebaut wird, hat der Baukredit für die Becken und auch für das Piratenschiff in unserer Fraktion eine breite Abstützung und die "Fraktion der Mitte" unterstützt den Antrag, insbesondere auch, weil es sich bei unserem Bad um ein Familienanliegen handelt.

Das Piratenschiff soll mit Robinienholz gebaut werden. Ich bitte, beim Stadtforstamt abzuklären, ob wir selber ein geeignetes Bauholz im Badener Wald hätten, anstatt dieses Holz von weit her zu transportieren.

Der geplante Beitrag des Swisslos-Sportfonds scheint auf den ersten Blick bei dieser Bausumme sehr tief. Hier könnte noch verhandelt werden. Es könnten mehrere Anträge eingereicht werden, da es sich nicht nur um ein Becken, sondern um zwei Becken, und mit dem Piratenschiff um ein Spiel- und Sportgerät handelt.

Es ist eine hervorragende Vorlage. Was mich ein wenig erstaunt sind die Schreib- und Tippfehler in diesem Antrag. Aber vielleicht sind diese durch zu viele Vorstösse durch den Einwohnerrat auch selber verschuldet.

## **Tobias Auer**

Die FDP wird dem Baukredit grossmehrheitlich zustimmen. Baden ist eine Zentrumsstadt und der Wirtschaftsmotor dieses Kantons. Wir haben ein grosses Interesse daran, attraktive Angebote, wie z. B. das sehr gut besuchte Terrassenschwimmbad, unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, den Arbeitnehmenden und den Gästen zur Verfügung zu stellen. Ich bin sicher, dass nicht alle im Saal regelmässig begeistert ins Wellenbad springen. Es ist jedoch Fakt, dass das Wellen- und das Kinderbecken wichtige Teile des gesamten Terrassenbads sind. Die FDP steht hinter diesem Bad.

Dank der Führung und der persönlichen Gespräche mit den Mitarbeitenden des Ressorts Immobilien/Infrastruktur, sind wir überzeugt, dass die technischen Vorschläge (Chromnickelstahl und Wasseraufbereitungsanlage) und das Vorziehen der Kinderbeckensanierung Sinn machen.

Bei der Zusammensetzung der Kosten hätten wir uns eine genauere Aufteilung gewünscht. Was kostet die CNS-Wanne? Was kosten die technischen Anlagen? Was kostet es, das Durchschreibebcken an den Wasserkreislauf anzuschliessen? Es wäre auch interessant gewesen, zu wissen, ob es für das Terrassenbad einen langfristigen Sanierungsplan gibt, in welchem man solche relativ hohen Investitionen frühzeitig erkennt und planen kann.

## **Luca Wälty**

Das team baden wird dem Baukredit für das Wellen- und Kinderbecken ebenfalls zustimmen.

Das Terrassenbad erfüllt in Baden und über die Stadtgrenzen hinaus eine wichtige Funktion. Es bietet zudem für die Schulen und für die ganze Bevölkerung eine Plattform für sportliche Aktivitäten. Das team baden ist allgemein dafür, dass Schwimmen nicht nur im Schwimmbad, sondern auch in der Limmat möglich ist.

Die Stadt Baden ist stolzer Besitzer des UNICEF-Labels "Kinderfreundliche Gemeinde". Mit der Fachabteilung Gesellschaft verfügt die Stadt Baden auch über die fachliche Kompetenz.

Bei der Planung des Kinderbeckens und des Spielplatzes (Piratenschiff) sollen die zukünftigen Nutzenden in die Planung miteinbezogen werden.

## **Selena Rhinisperger**

Wir freuen uns einerseits, dass die Probleme beim Wellen- und Kinderbecken im Terrassenbad angepackt werden. Zum anderen sind wir froh, dass die Situation nachhaltig angegangen wird. Die von Karin Bächli 2002 beantragten grösseren Investitionskosten für das Chromnickelstahl-Becken für das Sprungbecken haben sich bewährt, sowohl bezüglich Lebensdauer als auch bezüglich Unterhalt.

Mit der Sanierung des Wellen- und Kinderbeckens inkl. Instandstellungskosten und Betriebskosten würde man nun mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Auch das vorzeitige Sanieren des Kinderbeckens macht Sinn.

Die SP Baden stimmt dem Baukredit zu und freut sich darauf, ab 2022 dort zu baden.

## **Tobias Vonesch**

Wir hatten in der Fraktion wirklich Freude, dieses Geschäft zu bearbeiten. Nicht, weil jemand von uns an einer CNS-Wanne verdienen würde. Nicht, weil wir einen Grossteil unserer Freizeit im Wellenbad verbringen würden, sondern wegen der internen Kosten und der tiefen 8%-Reserven. Keine externe Baubegleitung. Unser Werkhof kann die Bepflanzung machen. Das erfreut uns, und wir würden uns freuen, in Zukunft häufig so aufgegleiste Vorlagen zu sehen.

Die Führung und der Vortrag im Terrassenbad war, auch bei magerer Mannstärke von drei Einwohnerräten, eine erfreuliche Sache. Stefan Jaecklin, Alex Berger und mir wurde das Bauvorhaben genau erklärt und gezeigt, wo und wie was genau gemacht werden soll.

Die Begeisterung flachte dann in unserer Fraktion jedoch schnell ab. CHF 4,5 Mio. sind sehr viel Geld, vor allem jetzt in Zeiten von Corona, in welchen die Besucherzahlen eingebrochen sind. Es ist kein Geheimnis: Die meisten Besucher des Terrassenbads haben keinen Wohnsitz in Baden. Wir subventionieren mehrheitlich auswärtige Besucher. Leider liegt uns Einwohnerräten die FHNW-Studie zur Zentrumslast noch nicht vor, sonst wüssten wir genauer, wie viel das ist.

Ist es überhaupt noch zeitgemäss? In Baden ist Energiesensibilität ein grosses Thema. Man bemüht sich von links bis rechts, nachhaltig mit Energie umzugehen. Wir fragen uns, ob es überhaupt noch angebracht ist, sich so ein grosses Freiluft-Wellenbad zu leisten. Fragen Sie sich doch auch einmal, wo auf der Bedürfnispyramide nach Maslow ein Freiluft-Wellenbad anzuordnen ist. Ist es wirklich das USP-Wellenbad, welcher die Leute in die Badi holt? Es ist klar, dass man etwas bieten muss, aber das Wellenbad hat 2020 wohl einiges an Begeisterungsfähigkeit einbüßen müssen.

Wir würden an diesem Punkt eigentlich gerne zwei Schritte zurückgehen und über Sinn und Unsinn von diesem Wellenbecken diskutieren. Falls der Stadtrat keine befriedigenden Antworten auf unsere im Vorfeld gestellten Fragen hat, werden wir einen Rückweisungsantrag stellen, auch wenn es bei einer so gut ausgearbeiteten Vorlage fast ein wenig weh tut.

## **Renzo Iten**

Wir von der glp haben uns gefreut, dass wir uns bei diesem Antrag auf Erfahrungswerte in Baden berufen können, und dass man von den tieferen Investitionskosten profitieren kann, und die Investition sich somit lohnt. Auch der Umfang der Investition ist von uns nicht hinterfragt worden. Wir sind grosse Fans des Schwimmbads Baden.

Wir werden dem Antrag zustimmen.

## **Philippe Ramseier**

Wir bedanken uns für die sehr positive Aufnahme der Vorlage.

Wir haben aus verschiedenen Voten gehört, dass unser Terrassenbad in der Region einzigartig sei, nicht zuletzt wegen des Wellen- und Kinderbads.

Die Sanierung ist zum jetzigen Zeitpunkt notwendig, weil verschiedene Teile der Anlage ihre Lebensdauer überschritten haben. Die jährlichen Instandhaltungskosten nehmen zu, und die gesetzlichen Auflagen müssen erfüllt werden. Es ist eine grosse Investition, aber auch ein grosses Nutzenpotenzial für viele weitere Jahre.

Das Hallen- und Freibad ist seit über 80 Jahren ein Symbol für Qualität, Sicherheit und Gastfreundschaft. Genau diese Gastfreundschaft wollen wir weiter aufrechterhalten für alle Generationen. Ganze Generationen und Familien werden in diesem Terrassenbad eine wunderbare Zeit verbringen können. Die Kleinsten unter uns können sich auch auf ein tolles Piratenschiff freuen.

Ich bedanke mich bei allen, welche an dem besagten Besuch anwesend waren. Es war ein sehr informativer Austausch vor Ort.

Ich werde nun die Fragen beantworten:

Thomi Bräm: Vielen Dank für den Hinweis. Wir werden prüfen, ob das Piratenschiff, oder zumindest die Figuren, aus lokalem Holz hergestellt werden können.

Tobias Auer: Wir haben zum Sanierungsplan eine Roadmap, die ich kurz vortragen werde:

2024 steht die Sanierung der Lüftung Garderobe Hallenbad/Sauna und der Umbau im ersten Obergeschoss an. Kostenpunkt: zwischen CHF 1 und 1,5 Mio. Dann erfolgt die Sanierung des 50 m-Beckens mit Chromnickelstahl 2025 für rund CHF 3 Mio. Diejenigen von Ihnen, welche schon unter dem 10 m-Turm standen, werden gemerkt haben, dass er langsam spröde wird. Diese Sanierung wird 2026 erfolgen und ca. CHF 500'000 kosten. Ich möchte anmerken, dass es sich hierbei um grobe Schätzungen handelt.

Betreffend Mitwirkung der Kinder: Ich habe während der Ausarbeitung dieser Vorlage meine fünf Kinder zuhause nach ihrer Meinung gefragt. Es stand im Raum, das sei repräsentativ. Ich habe gelernt, dass man dafür doch etwas mehr tun muss!

Spass beiseite. Grundsätzlich arbeiten wir mit den Firmen zusammen, welche langjährige Erfahrung mit Spielplatzbauten haben, d. h. dass sie die Bedürfnisse der Kinder kennen und so ein Optimum aus den Spielplätzen herausholen können. Wir werden diesen Punkt aber im Lauf des Projekts prüfen.

Tobias Vonesch: Die Maslow-Pyramide ist eine Bedürfnispyramide, die von den Grundbedürfnissen bis zu hinauf zur Selbstverwirklichung geht. Das ist ein Riesenbedürfnis. Wie vorher schon erwähnt: Jung und Alt, alle Generationen schätzen das Schwimmbad gleichermassen. Es stellt offensichtlich ein Grundbedürfnis dar.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten. Wir können uns auf ein neu saniertes Wellenbad mit einem Kinderbecken freuen.

### **Beschluss:**

1. Für die Sanierung des Wellen- und Kinderbeckens im Terrassenbad, Pfisterstrasse 1, wird ein Baukredit von CHF 4'510'784 (brutto, inkl. MWST, Kostengenauigkeit  $\pm$  15%) bewilligt. (einstimmig)
2. Von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten von CHF 157'072 zulasten der laufenden Rechnung wird Kenntnis genommen. (einstimmig)

**6. Dringliches Postulat Alex Berger und Iva Marelli vom 25. April 2027 betreffend Limmatbad – Baden ist Flussbadi (37/17); Antrag auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung**

**Alex Berger**

Soviel vorweg: wir Postulanten sind vom Bericht enttäuscht. Da es schon drei Jahre her ist, seit wir das Postulat eingereicht haben, wiederholen wir kurz, was wir damals gefordert haben:

"Der Stadtrat wird beauftragt, einen vereinfachten Einstieg und Ausstieg in die Limmat, insbesondere (insbesondere suggeriert jeweils, dass dies eine nicht abschliessende Aufzählung ist!) ab Mättelipark Richtung Kappisee, zu prüfen." Im Zug der Umgestaltung des Mätteliparks war eine gewisse Dringlichkeit gegeben. Vor drei Jahren!

Was hat der Stadtrat in den letzten drei Jahren geprüft? Respektive, was haben wir jetzt vom Stadtrat erhalten? Eine uninspirierte, unkreative und kurzsichtige Antwort auf drei Seiten (unser Postulat hatte auch drei Seiten).

Der Fluss hätte sich seit dem Postulat Arezina 2011 nicht verändert. Das stimmt nicht. Gemäss Auskunft der Limmatkraftwerke AG wurden ein Umbau, Ufer-Strukturierungsarbeiten und zwischen 2011 und 2014 und im letzten Jahr einige Arbeiten am Kappisee durchgeführt. Der Fluss ändert sich täglich. Er ist ja kein 50-Meter-Becken im Freibad.

Es habe sich vor allem unterhalb des Kraftwerks Aue einiges getan. Baden sei heute dort vorstellbar.

Der Stadtrat stellt sich vor allem auf den Standpunkt, dass die Limmat in Baden gefährlich sei und sich nicht zum Baden eigne. Nichtsdestotrotz hat der Stadtrat, zusammen mit der Limmatkraftwerke AG und der SLRG Anfang Sommer eine Gefahrenkarte herausgegeben, die einzelne Stellen der Limmat als verboten ausweist, und an einzelnen Stellen erhöhte Vorsicht geboten ist. Ein Grossteil des von unserer Seite zu prüfenden Abschnitts ist nicht als gefährlich markiert. Als geübte und langjährige Limmatschwimmende würden wir diese Karte ein wenig anders gestalten, mit anderen Gefahrenzonen.

Der Stadtrat schreibt, dass an einigen Stellen Ein- und Ausstiege in die Limmat jedoch möglich seien. Wieso handelt der Stadtrat dann nicht? Wieso weist der Stadtrat diese Stellen nicht transparent aus, anstatt sie in einem Nebensatz zu erwähnen?

Seit einigen Wochen läuft eine Petition, die von 21 weiteren Personen, nebst den Mitgliedern des Komitees, unterstützt wird. Einige sind auch hier im Rat. Mit 2'500 Unterschriften, davon über 1'000 in Baden, sind wir der Meinung, dass der Stadtrat sich diesem Thema nochmals annehmen sollte. Er sollte genauer prüfen, was möglich ist und was nicht.

Wir wollen an dieser Stelle betonen, dass die Stadt im Limmatperimeter noch einiges aufholen muss, um das Bedürfnis zu befriedigen und auch mit der Attraktivität der anderen Städte mitzuhalten. Aus diesen Gründen und auch, weil der Stadtrat selbst schreibt, an einigen Orten wären Ein- und Ausstiege möglich, empfehlen wir Ihnen, dieses Postulat nicht abzuschreiben und dem Stadtrat erneut zur Prüfung zu unterbreiten.

Falls das Postulat heute Abend abgeschrieben wird, überlegen wir uns weitere Schritte, um insbesondere den Grundsatz, dass baden und schwimmen in der Limmat nicht aktiver zu fördern sei, zu ändern.

Thomi Bräm hätte es vorhin nicht schöner sagen können: Unsere Stadt heisst Baden. Deshalb soll man alles unternehmen, dass man das von aussen wahrnehmen kann. Wir gehen davon aus, dass das nicht nur für das Terrassenbad zählt.

### **Sarah Wiederkehr**

Im diesjährigen Hitzesommer sind wahrscheinlich Dutzende, Hunderte, wenn nicht Tausende Personen in der Limmat geschwommen. Die meisten sind wahrscheinlich die kleine Treppe hinabgestiegen, die Alex Berger und Iva Marelli grösser und ausgebauter haben wollen. Die kleine Treppe existiert bereits. Sie ist ein wenig überwuchert und es ist ein Spiessrutenlauf. Die CVP hat die Chance ergriffen, hat gejätet und die Treppe gereinigt.

Aus unserer Sicht sind keine weiteren Massnahmen notwendig. Offensichtlich wird die kleine Treppe von Leuten benutzt, die sie kennen und beherrschen. Es ist klar, dass die Limmat nicht mit einem Schwimmwasserbecken verglichen werden kann, und dass sie je nach Wasserstand Gefahren birgt.

Wir bitten Sie, den Leuten zu erklären, dass ein Fluss Natur ist, und dass Natur immer gewisse Gefahren birgt.

Wir werden das Postulat abschreiben, was jedoch nicht heisst, dass wir das Bedürfnis nach Wassernähe nicht sehen und anerkennen. Wir erachten z. B. auch als gut und schützenswert, dass die Treppe beim Tränenbrünneli neu priorisiert und im Investitionsplan aufgenommen wurde.

### **Fabian Hummel**

Alex Berger hat mein Votum vorweggenommen. Ich möchte nun zum dritten Mal sagen, dass die Limmat kein Schwimmbecken ist, was allen klar sein sollte. Es besteht ganz klar ein Bedürfnis der Bevölkerung nach einem sicheren Ein- und Ausstieg aus der Limmat. Der Vorschlag, welcher in der Beantwortung zum Dringlichen Postulat, das vor drei Jahren eingereicht wurde, ist aus unserer Sicht überhaupt nicht aufgegangen. Deshalb ist die Beantwortung des Postulats aus unserer Sicht am Ziel vorbeigeflossen. Wir schicken sie deshalb limmatabwärts und werden das Postulat nicht abschreiben.

### **Stefan Jaecklin**

Schwimmen in der Limmat ist eine Freude und eine wunderbare Entwicklung. Es ist wichtig, dass wir uns damit beschäftigen. Für die noch nicht Eingeweihten: Es geht dabei um die Schwimmstrecke zwischen dem Mättelipark (etwa 100 m unterhalb des Mätteliparks) und dem Kappisee. Als ehemaliger Kanufahrer sage ich Ihnen, dass die Strecke oberhalb, also Holzbrücke bis Mättelipark, sich auf keinen Fall zum Schwimmen eignet. Diese Strecke ist gefährlich!

Die Limmat zwischen dem Mättelipark und dem Kappisee ist ein Kleinod für die Natur und den Menschen, allerdings vor allem auf der Siggenthalerseite. Hier gibt es kleine Ausbuchtungen mit Natursteinen, welche Lebensraum für diverse Kleinlebewesen bieten, und in den warmen Monaten als Ein- und Ausstieg von Schwimmgeliebten genutzt werden können. Diese Ausbuchtungen passen äusserst harmonisch in die Naturlandschaft und bereichern diese das ganze Jahr über.

Die Siggenthaler Ausbuchtungen kontrastieren mit den vorgeschlagenen offiziellen Ein- und Ausstiegen des Postulats mit Metalleitern und ähnlichem. Wir können die Bedenken des Stadtrats zu den geforderten offiziellen Ein- und Ausstiegen, insbesondere hinsichtlich Haftung, nachvollziehen. Zudem erwarten wir hohe Kosten wegen Normenkonformität. Wir finden aber auch den Aufwertungscharakter des Limmatraums der vorgeschlagenen Lösung sehr beschränkt. Aus diesen Gründen stimmt die FDP der Abschreibung zu.

Wir haben gestern eine Anfrage an die Stadt zu 2 bis 3 kleinen Natur-Ausbuchtungen zwischen dem Mättelipark und anfangs Kappisee abgeschickt. Wir sind überzeugt, dass diese die Flusslandschaft deutlich bereichern und im vollen Einklang mit dem Masterplan Limmatraum sein werden. Durch ihren Strömungsschatten und die vielen Spalten und Hohlräume sorgen diese für Raum für Fauna und Flora. Beispielsweise kann eine Ausbuchtung im strömungsberuhigten Teil unterhalb des Mätteliparks und eine Ausbuchtung beim Kappisee geschaffen werden. Über einen Zugang sollen Spaziergänger das ganze Jahr über die Möglichkeit haben, zu den Ausbuchtungen und zum Flussufer zu gelangen und die Flusslandschaft zu erleben. Diese Ausbuchtungen können auf eigene Verantwortung als Flusseinstieg für Schwimmer benutzt werden, sind aber nicht als solche markiert.

Wir sind der Meinung, damit ein Limmatufer zu schaffen, welches natürlich wirkt und rund ums Jahr erlebt werden kann. Das bringt allen etwas.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Es ist völlig unbestritten, dass man in der Limmat schwimmen darf.

Es wurde von Alex Berger die Karte, die Hinweise zum Schwimmen in der Limmat gibt, erwähnt. Die Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft empfiehlt, diese Karte unbedingt aufzustellen. Der Bereich zwischen der Holzbrücke und der Schiefen Brücke ist kein geeigneter Ort zum Schwimmen.

Beim Bereich Mättelipark zum Kappisee sind Ein- und Ausstieg problemlos. Ich kenne Leute, die dort regelmässig schwimmen, die sagen, man solle die Ein- und Ausstiege nicht attraktiver gestalten, weil sich sonst zu viele Schwimmende an dieser Stelle aufhalten würden.

Bei baulichen Massnahmen würde die Stadt Baden die Haftung übernehmen müssen. Wir sind der Meinung, dass der Fluss an geeigneten Stellen für Schwimmende zur Verfügung stehen sollte, welche sich das zutrauen. Wir wollen die Verantwortung nicht übernehmen für Leute, die aufgrund eines erleichterten Einstiegs in der Limmat schwimmen, auch wenn sie sonst nicht gewohnt sind im Fluss zu schwimmen und sich so in Gefahr begeben.

Es ist eine Petition auf dem Weg, die umfassender ist als das vorliegende Dringliche Postulat. Wir werden sie beantworten. Ebenfalls zu beantworten gilt es den Vorstoss von Stefan Jaecklin. Der Stadtrat ist der Meinung, den Vorstoss hinlänglich beantwortet zu haben. Deshalb bitten wir Sie, das Dringliche Postulat abzuschreiben.

### **Nadia Omar**

Ich komme aus Bern. In Bern ist das Schwimmen in der Aare ein Volkssport. Ab der dritten Klasse lernt man, in der Aare zu schwimmen. Alle können das, und es funktioniert. Wenn die Stadt Baden derart Angst wegen der Haftungsfrage hat, sollte sie mit den Bernern Kontakt aufnehmen. Ich bin sicher, dass sie fertige Lösungen parat haben.

Auch in Bern gibt es an der Aare "Natur pur". Es ist dort nicht weniger schön, weil es irgendwo eine kleine Treppe mit einem kleinen roten Geländer gibt. Das ist kein wahnsinniger Eingriff. Es scheint für mich, als ob man nicht bereit wäre, dass Schwimmen in der Limmat in Baden zu einem richtigen Volkssport machen zu wollen. Eben zum "Baden in Baden".

### **Beschluss:**

Das dringliche Postulat Alex Berger und Iva Marelli vom 25. April 2017 betreffend Limmatbad – Baden ist Flussbadi – wird nach Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts abgeschrieben. (23 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen)

## **7. Anfrage Tobias Vonesch vom 15. Januar 2020 betreffend Bewilligungsprozess Frühlings-Wiesn (05/20); Antwort**

### **Tobias Vonesch**

Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung der Fragen und möchte kurz auf drei Punkte eingehen.

Der erste Punkt ist die fehlende Fehlerkultur. Der Stadtrat hat sich in den Medien mit der Aussage "der Schwarze Peter könne niemandem zugeschoben werden" zitieren lassen. Das stimmt natürlich, weil der Schwarze Peter nicht zugeschoben, sondern in der Regel gezogen wird. Der wurde zuerst vom Bluesfestival, dann vom Nordportal gezogen. Es hätte definitiv für mehr Sympathien gesorgt, wenn man an dieser Stelle ein wenig mehr Verantwortung übernommen hätte. Wenn der Stadtrat alles richtig gemacht hätte, müsste er ja im nächsten Satz nicht ankündigen, die jetzige Situation zu verbessern, was mich zu meinem nächsten Punkt führt.

Der Stadtrat zeigt sich einsichtig und will das so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommt. Ich hätte es spannend gefunden, wenn der Stadtrat erklärt hätte, wie er gedenkt, das zu tun. Wenn man diesen Vorfall genauer betrachtet, fällt die unheimlich grosse Anzahl Stakeholder auf. Es erstaunt nicht, dass es zu Fehlern kommen kann. Die (Fach)-Abteilungen Gesellschaft, Kultur, Immobilien und Gewerbepolizei, die Frühlingswiesn, das Bluesfestival, das Nordportal und zuletzt die Anwohnenden. Wahrscheinlich kann das Problem mit ein wenig mehr Absprache nicht gelöst werden, was mich zu meinem dritten Punkt führt.

Ohne Vorwürfe zu erheben, bitte ich den Stadtrat, unseren Kulturschaffenden – ich meine damit auch jene, welche Mainstream-Events organisieren und kommerzielle Angebote für junge Menschen machen – Sorge zu tragen. Ich möchte noch einmal an mein Votum betreffend die Apfelkiste erinnern. Für den überwiegenden Teil der Badener Jugend sind Veranstaltungsorte wie das Nordportal, das Löschwasserbecken oder auch die damalige Kiste (heute Gate54) viel wichtiger als eine Villa Langmatt. Mit dem Badener Modell hat der Stadtrat schon versucht, den Klubbesitzern und Veranstaltern in dieser schwierigen Corona-Zeit zu helfen. Nehmen Sie bitte den Anlass wahr, um sich Gedanken zu machen und saubere Lösungen zu suchen.

### **Erich Obrist, Stadtrat**

In der Sache mit dem "Schwarzen Peter" gebe ich Tobias Vonesch Recht. Dieser wird einander zugeschoben. Es war eine unglückliche Situation. Die Delegationen sind an sich klar: Die Miete der Halle läuft über die Fachabteilung Gesellschaft. Die Bewilligung für den Platz erteilt die Abteilung Öffentliche Sicherheit.

Nach dem unglücklichen Aufeinandertreffen der Termine haben wir die Situation mit den Verantwortlichen des Blues Festivals besprochen. Die Organisatoren des Blues Festivals haben die Gelegenheit beim Schopf gepackt, um das Festivalzentrum an einen anderen Ort zu verlegen, nämlich in das Merkker-Areal, was jedoch wegen der Corona-Situation schon wieder Schnee von gestern ist, da das Festival gar nicht stattfinden konnte. Wir sind gespannt, ob das Festival – falls es stattfinden kann – am neuen Standort erfolgreich sein wird.

Was die Jugendkultur anbelangt, werden wir uns noch in einem Meeting darüber unterhalten. Was das nächste Jahr betrifft, gehe ich davon aus, dass man die Vorbereitungen für die Durchführung des Blues Festival 2020 übernehmen wird und prüfen, ob es an einem anderen Durchführungsort gelingen kann.

Wir werden in Zukunft mehr aufeinander zugehen und besser kommunizieren, um solche Missverständnisse zu vermeiden.

## **8. Anfrage Karim Twerenbold vom 20 Dezember 2019 betreffend Haltung des Stadtrats zum Bäder-Seilbahnprojekt RVBW (01/20); Antwort**

### **Sarah Wiederkehr**

Ich gebe stellvertretend für Karim Twerenbold das Votum zum Bäder-Seilbahnprojekt RVBW ab.

Karim Twerenbold bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Anfrage. Man merkt aus unterschiedlichsten Gesprächen, Presseartikeln und Interaktionen auf den Social Media-Plattformen, dass die Idee der Stadtseilbahn bewegt. Es ist selbstverständlich, dass das Projekt auch polarisiert. In der Wahrnehmung von Karim Twerenbold schwingt, oder besser gesagt schwebt, es eher in die positive Richtung.

Baden hat mit den neuen Bädern ein Projekt, das eine unglaubliche Ausstrahlung haben wird bzw. bereits hat. Es ist aus touristischer und somit auch aus wirtschaftlicher Sichtweise sehr interessant und auch nachhaltig wichtig. Aber es ist auch wichtig, genau diesen Effekt zu verstärken. Dazu kann die Stadtseilbahn einen wichtigen Teil beitragen.

Weiter ist auch ein stimmiges Verkehrskonzept sehr wichtig im Zusammenhang mit den Bädern. Man darf und soll sogar auch Konzepte "outside of the box" in Betracht ziehen. Es geht letzten Endes auch darum, den Verkehr auf der Strasse zu vermindern. Selbstfahrende Busse sind zwar eine innovative Möglichkeit, sie entlasten die Strassen aber nicht wirklich. Auch sind autonome Fahrzeuge viel kleiner, was dazu führen würde, dass mehr Fahrzeuge eingesetzt werden müssten, was auch nicht förderlich für die Entlastung der Strassen wäre.

Weiter ist im Initialprojekt festgehalten, dass die Seilbahn behindertengerecht gebaut werden sollte, was bei selbstfahrenden Fahrzeugen – Stand heute – nicht wirklich umgesetzt werden kann.

Der Stadtrat erwähnt auch die Erhaltung des Stadtbilds und in dem Zusammenhang die Thematik Ortsbild- und Denkmalschutz. Das sind sicherlich sehr wichtige Komponenten. Fahrzeuge erzeugen jedoch Emissionen (Lärm/Abgase). Es ist letztlich auch das Ziel einer Seilbahn, die Gäste dazu zu bringen, anstatt mit dem Auto/MIV mit einer innovativen Mobilitätslösung zu den Bädern zu gelangen.

Grosso modo kann man der Antwort entnehmen, dass der Stadtrat, wie er schreibt, das Projekt ideell unterstützt. Man kann der Beantwortung jedoch leider nicht wirklich mehr entnehmen. Karim Twerenbold hätte sich gewünscht, dass der Stadtrat hier mehr Mut gezeigt und eine klarere Unterstützung der Idee kommuniziert hätte. Da er die Idee ja gut findet, hätte er ein höheres Engagement zeigen müssen, um auch eine "Stadtmeinung" bei der Bevölkerung zu "provozieren". Hoffentlich ist das keine verpasste Chance!

Karim Twerenbold hofft und wünscht sich, dass der Stadtrat die Idee auf dem Radar behält und ein grösseres Interesse zeigt. Er ist überzeugt, dass dies eine grosse Chance für die Stadt wäre und auch eine reelle Chance zur Umsetzung hätte.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich kann das Gesagte nachvollziehen, kann dazu allerdings nicht mehr sagen, als in der Antwort ausgeführt wurde.

Seit uns das Projekt am 17. Juni 2019 präsentiert worden ist, nehmen wir laufend Anliegen, wie in der vorliegenden Anfrage dargelegt, auf. Ich bin gespannt auf die folgenden Schritte.

Leider muss die Stadt auf viele Themen, welche die Stadt beschäftigen, kurzfristig reagieren.

Der Stadtrat steht nach wie vor dazu, dass er die Idee einer Seilbahn prüfungswert findet.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Möchte jemand die Diskussion beantragen? Es braucht dazu eine einfache Mehrheit.

### **Georg Gindely**

Ja.

### **Beschluss:**

Es wird Diskussion beschlossen (grossmehrheitlich).

### **Georg Gindely**

Wir finden es toll, dass der Stadtrat Offenheit zeigt, auch gegenüber solchen queren und wilden Ideen, wie eine Seilbahn. Das ist eine Haltung, die er gerne häufiger zeigen könnte.

Die Frage ist jedoch: Wieso braucht es überhaupt so quere Ideen wie eine Seilbahn? Diese Frage werde ich später beantworten. Zuerst möchte ich als Quartierbewohner etwas dazu sagen.

So schön ich die Offenheit finde, so sehr finde ich auch, dass der Stadtrat etwas viel Wichtigeres vermissen lässt. Er "eiert" in seiner Antwort herum. Er listet vor allem die Nachteile des Projekts auf, um schliesslich zu sagen, dass er das Projekt trotzdem ideell unterstützen würde.

Die Stadt Baden ist aktuelle Trägerin des Wakkerpreises. Wir haben bei diesem Projekt eine Seilbahnroute entlang vieler denkmalgeschützter Häuser, entlang des Kurparks, entlang einer Kastanienallee, welche nachher nicht mehr so aussehen würde wie heute, entlang eines frisch sanierten und sorgfältig erweiterten Kurtheaters und mitten durch einen geschützten Wald, hinunter zu einem geschützten Flussufer.

Wir vom Quartierverein hätten uns vom Stadtrat gewünscht, dass er mutiger gewesen wäre und gesagt hätte: Das wollen wir so nicht! Wir sind Träger des Wakkerpreises und haben damit noch eine grössere Verantwortung für unser Stadtbild und wollen dieses erhalten.

Für die SP ist die Tatsache interessant, wieso Stefan Kalt das Vorhaben vorangetrieben hat. Er sagt klar: "Wegen des Versagens des Stadtrats".

Die Erschliessung der Bäder ist ein Jahr vor der Eröffnung des neuen Bads offensichtlich noch nicht gelöst. In der Juni-Ausgabe der Quartierzeitung Revue antwortet Stefan Kalt auf die Frage, wieso er das Projekt überhaupt vorantreibt und ob die Verkehrserschliessung eigentlich Aufgabe des Stadtrats wäre: "Ja, eigentlich schon. Doch das eigentliche Verkehrserschliessungskonzept des Stadtrats kann meines Erachtens nicht funktionieren. Glauben Sie mir, wenn wir alles so lassen, wie es jetzt geplant ist, wird Ihr Quartier sehr belastet werden."

Er sagt auch, es gäbe nicht nur im Quartier, sondern schon am Schulhausplatz ein Riesenverkehrschaos, wenn so viele Leute mit dem Auto anreisen würden, wie geplant. Das hätte massive Auswirkungen auf den Busverkehr in der ganzen Region.

Die Frage ist nun: Ist es wirklich richtig, dass jetzt Stefan Kalt eine Lösung vorschlägt und versucht, sie zu realisieren? Macht es sich der Stadtrat nicht viel zu einfach, wenn er sagt: "Ihr Private, macht mal!" Sind wir realistisch: Wenn die Seilbahn kommen sollte, dann wäre das in 10, 15 oder 20 Jahren. Denken Sie an die Zoo-Seilbahn (dort geht es übrigens auch um den betroffenen Wald) oder an die ZKB-Idee mit der Seilbahn über den See. Seilbahnen findet man nicht einfach so toll, und die Hürden wären riesig. Da kann man das Projekt noch so innovativ finden.

Wir von der SP finden deshalb, man sollte jetzt nicht einfach auf eine Seilbahn oder ein selbstfahrendes Büsschen in die Bäder warten. Der Stadtrat muss jetzt nochmals über die Bücher bezüglich Verkehrserschliessung.

Letztes Jahr gab es Veranstaltungen, bei denen gegen 90 Leute ins Stadtcasino kamen, um Markus Schneider ihre grossen Bedenken zur mangelnden Erschliessung der Bäder mitzuteilen. Die Quintessenz war: Wir werden sehen, wie es kommt und werden dann reagieren, wenn es nicht gut kommt.

An der Ecke Römerstrasse/Parkstrasse Nähe Du Parc können Sie das Verkehrskonzept des Stadtrats sehen. Es besteht aus einer Ampel, die in einem Jahr die Autos zurückhält, wenn der Bus vom Du Parc herauffahren will. Die Strasse ist dort nämlich viel zu schmal, dass Bus und Auto kreuzen könnten. Der Stadtrat hat deshalb das Trottoir so tief gebaut, dass der motorisierte Individualverkehr problemlos auf das Trottoir ausweichen kann. Fussgänger sind dort also nicht mehr erwünscht. Wir bezweifeln, dass das den richtigen Weg darstellt. Wir wünschen uns vom Stadtrat, dass er nicht nur andere quere Ideen ideell unterstützt, sondern selber richtig gute Ideen entwickelt, wie man den Verkehr in die Bäder bringt. Das ist nämlich seine Aufgabe.

## **Benjamin Steiner**

Bezüglich Seilbahn sind die Meinungen bei vielen schon gemacht. Die einen finden die Vorstellung der drohenden Skiliftatmosphäre im altherwürdigen Kurpark unerträglich, sie fürchten den städtebaulichen Totalschaden. Für die anderen ist die Seilbahn ein Zeichen des zivilisatorischen Fortschritts, ein Publikumsmagnet und darüber hinaus die Lösung aller innerstädtischen Verkehrsprobleme. Es gibt also nur dafür und dagegen, schwarz oder weiss.

Einzig unser Stadtrat bekennt sich zu Grautönen. Er begrüsst einerseits das Engagement für diesen neuen und innovativen Ansatz zur Erschliessung des Bäderquartiers und findet die Idee prüfenswert. Andererseits betont er aber, dass Planung und Umsetzung nicht seine Sache seien.

Das kann man so sehen oder nicht. Was mir persönlich aber ins Auge springt, ist etwas Anderes. Fast schon mantramässig wiederholt der Stadtrat nämlich in der kurzen Antwort mehrfach, die Erschliessung des Bäderquartiers sei durch die Verlängerung der Linie 3 sichergestellt. Dies deckt sich aber schlecht mit folgendem Satz im Erschliessungs- und Verkehrskonzept: "Das Gehen, Radfahren sowie die Nutzung des öffentlichen Verkehrs muss unterstützt und gefördert werden." Unter Berücksichtigung der erschwerten Erschliessung via Parkstrasse ist dies ein Muss.

In dieser Beziehung haben wir alle ein wenig versagt. Den Mätelstieg haben wir in der Limmat versenkt. Die Neugestaltung des Ochsenparks haben wir weggespart. Und eine Ampelanlage am heute schon oft überlasteten Knoten Parkstrasse/Haselstrasse hat der Stadtrat gebodigt.

Ich finde das bedenklich. Ich gehe zwar mit dem Stadtrat einig. Es müsste auch gerade so funktionieren. Ich habe es gestern Nacht nachgerechnet, nachdem ich mir zu unvernünftig später Stunde einen Espresso Doppio genehmigt hatte, und nicht schlafen konnte. Im Durchschnitt fährt auf der Parkstrasse Nord alle 12 Sekunden ein Auto Richtung Thermalbad. Jede Viertelstunde, wenn der Bus kommt, gibt das einen Rückstau von ca. 100 m. In Spitzenzeiten, auch bei den schlimmsten Annahmen, sollten es nicht mehr als 10 Autos pro Minute sein. Das ergäbe einen Rückstau, der die Parkstrasse gerade ausfüllt, aber immer noch nicht überfüllt.

Ob ein derart hohes Verkehrsaufkommen auf den Quartiersträsschen Römer- und Parkstrasse aber auch das ist, was wir für Baden wollen, ist eine andere Frage. Und auch, ob es zum fancy Titel "47" passt. Wahrscheinlich wird man den Namen dann einfach so uminterpretieren, dass man jeweils 47 Minuten im Stau steht, bevor man in Baden baden darf.

Mein persönliches Fazit ist deshalb durchgezogen. Für die Seilbahn fehlt uns der Mut und für die anderen Massnahmen der Verstand.

Hat der Stadtrat noch ein Ass im Ärmel oder ist die Verlängerung der Linie 3 schon alles? Würden Sie es sogar begrüssen, wenn wir noch ein Postulat betreffend Verkehrserschliessung der Bäder nachreichen würden?

## **Markus Schneider, Stadtammann**

Es ist so, wie Benjamin Steiner gesagt hat. Beim Thema Seilbahn gibt es zwei Lager. Die einen finden es ein modernes, innovatives Projekt, für andere ist es vielleicht sogar eine Verschandelung der Natur.

Das Projekt ist zurzeit in einer Phase, dem man viel Positives abgewinnen kann. Ob das Projekt sich allerdings so realisieren lässt, wie man sich das vorstellt, wäre abzuklären.

Die Aussagen über das Erschliessungskonzept erstaunen mich schon ein wenig. Das Erschliessungskonzept wurde geprüft. Die RVBW war selbstverständlich auch involviert.

Der Einwohnerrat hat übrigens das "tiefergelegte" Trottoir damals genehmigt. Natürlich ist die Zusammensetzung des Einwohnerrats heute nicht dieselbe. Die RVBW hat später in einer anderen Phase gesagt, dass man in der heutigen Zeit nicht über das Trottoir fahren kann. Als man das gemacht hat, hielt man es für eine gute Idee. Die Situation sieht jetzt anders aus. Wir haben deshalb mit dem Rotstift reagiert. Wir haben dafür den Nachweis.

Selbstverständlich würden wir es begrüßen, wenn möglichst viele Leute mit dem ÖV anreisen würden. Es ist vorgegeben, dass wir den Modalsplit, den wir im Mobilitätskonzept festgelegt haben, jährlich überprüfen müssen. Wenn er nicht erreicht wird, muss man mit Massnahmen nachbessern.

Wir werden Werbung für den ÖV machen. Es sind auch genügend Veloparkplätze vorhanden.

Bei der Thematik betreffend Mättelisteg – Benjamin Steiner hat hier das Messer nochmals in der Wunde umgedreht – muss ich darauf hinweisen, dass der Einwohnerrat damals dem Vorgehen zugestimmt hat.

Wir sind überzeugt, dass unser Vorgehen richtig ist. Wir werden es laufend kontrollieren und bei Bedarf Massnahmen ergreifen. Es ist vorgesehen, zusammen mit der Strategiekommission, nach der Eröffnung des Bades, in den ersten drei Monaten die Situation zu überprüfen.

## **9. Anfrage Hansruedi Stauffacher vom 28. Mai 2020 betreffend Stadtcasino Baden AG – Ausschüttung einer Dividende und Kurzarbeit (30/20); Antwort**

### **Hansruedi Stauffacher**

Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer Anfrage. Es haben mich in der Antwort zwei Dinge irritiert:

1. In der Ausgangslage wird ausgeführt, der Stadtrat habe dieselben Informationen über Details der Geschäfte wie jeder andere Aktionär. Die Stadt Baden ist Hauptaktionärin der Stadtcasino Baden AG und im Verwaltungsrat vertreten. Für mich ist selbstverständlich, dass Verwaltungsräte über mehr Informationen verfügen müssen, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Der Sinn des Hinweises in der Ausgangslage leuchtet mir deshalb nicht ein.
2. Am Schluss der Antwort wird darauf hingewiesen, dass das Bundesparlament ein generelles Dividendenverbot bei Gesuchen um Kurzarbeitsentschädigung abgelehnt habe. Das ist zwar richtig: Aber es wird verschwiegen, dass der Nationalrat dem Dividendenverbot mit 93 zu 88 Stimmen zugestimmt hat. Der Ständerat hat es dann abgelehnt, unter anderem, weil der Zürcher Ständerat Ruedi Noser mit den Dividenden seines Geschäfts die Vermögenssteuern zahlen muss. Das Geschäft war umstritten, und es hätte viele gute Gründe für ein Verbot gegeben.

Zum grossen Teil waren die Antworten auf unsere Anfragen nicht wirklich überraschend. Ähnlich hat der Stadtammann ja schon in der Presse argumentiert.

Deshalb nochmals eine kritische Stimme aus unverdächtiger Seite:

In einem Interview im Tages-Anzeiger am 29. April 2020 antwortete der Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker auf die Frage: "Was halten Sie von Firmen, die jetzt kurzarbeiten lassen und gleichzeitig für das letzte Jahr Dividenden zahlen?"

"Das sollten diese Firmen nicht tun. Obwohl uns für das laufende Jahr damit 77 Millionen Franken Einnahmen aus den Flughafenaktien entgehen, unterstütze ich es, dass die Flughafen AG jetzt auf Dividenden verzichtet. In der gegenwärtigen Lage wäre es nicht opportun, dem Unternehmen diese Liquidität zu entziehen. Als Finanzdirektor muss ich allerdings auch sagen: Dividenden sind steuerlich interessant."

Wir gehen davon aus, dass keiner der Aktionäre des Stadtcasinos wie Herr Ständerat Noser auf eine Dividende angewiesen ist. Der Stadt entgehen Einnahmen. Politisch sind wir aber gerade dabei, eine neue Haltung gegenüber staatlichen Schulden zu entwickeln. Bei den Kurzarbeitsgeldern sind auch sehr viele staatliche Mittel im Spiel. Der Bund hat Milliarden in die Arbeitslosenkasse einbezahlt, um die Gelder für die Kurzarbeit bereitzustellen. Dass das Casino diese Gelder ganz selbstverständlich in Anspruch nimmt und gleichzeitig Gewinne an die Aktionäre und damit auch an die Stadt Baden auszahlt, ist ja wohl nicht die Idee zu diesen Bundesgeldern.

Zum Argument, dass die Dividenden sich ja auf den Gewinn des letzten Jahres beziehen, kommt mir der Vergleich mit demjenigen in den Sinn, der sein privates Geld ausgibt und dann, auf Mittel angewiesen, selbstverständlich staatliche Unterstützungsgelder beansprucht. Ein Verhalten, das bei den Sozialleistungen immer wieder heftig kritisiert wird.

Als Einwohnerrat haben wir keinen Einfluss auf das Stimmverhalten der Aktionärsvertreter in der Generalversammlung. Wir können nur unsere Haltung kundtun. Die SP-Fraktion ist klar gegen die Ausschüttung einer Dividende im jetzigen Moment.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Beantragt jemand Diskussion?

### **Gian von Planta**

Ja.

### **Beschluss:**

Es wird grossmehrheitlich Diskussion beschlossen.

### **Gian von Planta**

Die Grand Casino Baden AG handelt nicht gesetzeswidrig, wenn sie trotz Kurzarbeit eine Dividende ausschüttet. Diese Ausschüttung wird wohl auch als Liquiditätssicht zu verantworten sein. Ob die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat hier moralisch richtig handeln, ist eine andere Frage. Moralisches Handeln liegt vielleicht nicht unbedingt in der DNA eines Glückspielbetreibers. Was man sicher festhalten kann, ist, dass die Firma egoistisch handelt. Kurzarbeitsentschädigung ist dazu da, Unternehmen durch eine Krise zu retten, wenn sie es sonst nicht mehr schaffen und

ohne Kurzarbeitsentschädigung Konkurs gehen würden. Die Krise ist zwar auch für das Casino da, aber das Casino hat auch die Mittel, um diese zu überbrücken. Dies zeigt ja gerade die beantragte Ausschüttung der Dividende. Damit nimmt die Casino AG Geld vom Staat, ohne dass es dem Zweck dieses Instruments entspricht.

Die Casino AG zeigt hier keine Eigenverantwortung, sondern macht die hohle Hand beim Staat. Von einem privaten Unternehmen kann vielleicht nicht mehr erwartet werden. Die Crux ist hier jedoch, dass die Stadt Baden Mehrheitsaktionärin ist. Von der öffentlichen Hand darf man sehr wohl moralisches Handeln erwarten.

Damit zeigt sich einmal mehr, wie unsinnig die Beteiligung der Stadt Baden am Casino ist. Neben dem Geld, welches ja auch mit entsprechenden Investitionen in Dividendenpapiere zu erreichen wäre, wird immer wieder der Einfluss, welcher die Stadt auf die Casino AG hat, als Grund für die Beteiligung genannt. Wir sehen aber, dass immer, wenn es heikel wird, die Stadt keinen Einfluss hat.

Das ist so bei der unsäglichen Werbung, welche das Image von Baden schädigt. Das ist so, wenn sich der Verwaltungsrat über die Public Governance der Stadt hinwegsetzt und politische Werbung macht, was ganz klar verboten ist. Und, das zeigt sich auch in diesem Fall.

Deshalb wiederhole ich es an dieser Stelle gerne: Wir sollten diese Beteiligung verkaufen, denn der Staat soll kein Casino-Betreiber sein.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich glaube, hier werden verschiedene Sachen miteinander vermischt.

Im Votum von Hansruedi Stauffacher hat es aus meiner Sicht eine Ungenauigkeit. Der Einwohnergemeinde stehen keine weitergehenden Informationen zur Verfügung. Der Verwaltungsrat erhält selbstverständlich die erforderlichen Informationen. Die Holding zahlt die Dividende aus. Die Holding hat nie Kurzarbeit angemeldet, im Gegensatz zum Casino. Deshalb haben wir die Antwort so verfasst, wie sie Ihnen vorliegt, und sind der Meinung, Ihre Fragen damit beantwortet zu haben.

## **10. Fuss- und Radweg Untere SBB-Limmatbrücke Baden-Wettingen; Kreditabrechnungen (42/20)**

### **Markus Rausch, Präsident Finanzkommission**

Die beauftragten Finanzkommissions-Mitglieder haben die Kreditabrechnungen geprüft. Diese sind korrekt, und es konnten keine zu beanstandenden Unregelmässigkeiten festgestellt werden.

Die Projektierungskreditabrechnung schliesst mit einem Aufwand für die Stadt Baden von CHF 121'178.45 netto. Der bewilligte Nettokredit von CHF 135'000 wurde um CHF 13'821.55 oder 10.2% unterschritten.

Die Baukreditabrechnung schliesst mit einem Aufwand von CHF 1'886'417.35 netto. Der bewilligte Baukredit von CHF 1'870'000 erhöht sich um den Zusatzkredit von CHF 420'000 auf gesamthaft CHF 2'290'000. Dieser wurde um CHF 403'582.65 oder 17.6% netto unterschritten.

Neben der Kosteneinhaltung wurden alle Leistungen erbracht.

Es entstand eine regionale Langsamverkehrsverbindung zwischen Baden und Wettingen, die durch diese Realisierung an Attraktivität und Sicherheit gewann. Die neue Radverbindung Baden-Wettingen wird heute stark frequentiert und hat sich bestens bewährt.

Die Finanzkommission stimmt der Genehmigung der Abrechnung des Projektierungskredits einstimmig zu. Die Finanzkommission stimmt der Genehmigung der Abrechnung des Baukredits ebenfalls einstimmig zu.

### **Beschluss:**

1. Die Abrechnung des Projektierungskredits für den Fuss- und Radweg Untere SBB-Limmatbrücke Baden-Wettingen, schliessend mit CHF 121'178.45, wird genehmigt. (einstimmig)
2. Die Abrechnung des Baukredits für den Fuss- und Radweg Untere SBB-Limmatbrücke Baden-Wettingen, schliessend mit CHF 1'180'746.40, wird genehmigt. (einstimmig)

### **1a Dringliche Anfrage Fritz Bosshardt und Benjamin Steiner vom 20. Juli 2020 betreffend Grünfläche statt Parkplätze im RPB (43/20); Antwort**

#### **Fritz Bosshardt**

Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage.

Die RPB AG ist eine 100%ige Tochter der Stadt Baden. Mit dieser Anfrage wollen wir zwei Punkte thematisieren:

1. Wie geht eine 100%ige Tochter mit dem ihr anvertrauten öffentlichen Raum um?
2. Wie kann die Stadt Baden als Eigentümerin darauf Einfluss nehmen?

Um es vorweg zu nehmen: Es geht hier nicht um die Anzahl Parkplätze, sondern um deren Anordnung.

Die RPB AG will mit dem eingereichten Baugesuch die überbaute Fläche auf dem Areal mehr als verdoppeln. Damit geht ein wesentlicher Teil der Grünfläche verloren. In der Ecke Wettingerstrasse – Schönaustrasse, also da, wo heute ein Parkfeld besteht, wird eine Tiefgarage gebaut. Über der Tiefgarage werden neu 44 oberirdische Parkplätze erstellt. Während also einerseits massiv überbaut wird, wird unnötigerweise eine Fläche von etwa 2'000 m<sup>2</sup> zugeeert.

Geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ist es wirklich in unserem Interesse, dass wir im Jahr 2020 – dem Jahr, in dem die Stadt den Wakkerpreis mit der Begründung erhalten hat "Baden gibt die autogerechte Stadt den Menschen zurück." – auf einer innerstädtischen Parzelle, die quasi der Einwohnergemeinde gehört, 44 oberirdische Parkplätze erstellen? Ist es wirklich im Interesse der Einwohnergemeinde, dass die RPB AG Grünfläche verbaut, um die Baukosten einer Tiefgarage zu sparen? Das ist eigentlich eine rhetorische Frage. Mit dem Planungsleitbild 2016 und dem REK hat sich der Einwohnerrat bereits klar positioniert und den Erhalt von Grünflächen im ganzen Stadtgebiet und insbesondere auch im Quartier Limmat Rechts als Ziel formuliert.

Das team baden ist deshalb dezidiert der Meinung, dass es nicht angeht, die Parkplätze oberirdisch zu erstellen, zumal die höheren Baukosten einer Tiefgarage über die Parkgebühren finanziert werden könnten. Ausserdem sind die oberirdischen Parkplätze nicht essentieller Bestandteil der Strategie 2015+.

Es stellt sich deshalb die zweite interessante Frage: Wie kann die Stadt Baden als Eigentümerin auf das Baugesuch Einfluss nehmen?

Als Eigentümerin des RPB lenken wir die Gesellschaft grundsätzlich via Eigentümerstrategie. Dies geschieht auf einem sehr, sehr hohen Level. Da definieren wir gewöhnlich keine Parkplatz-Details. Der Stadtrat hat aber gezeigt, dass er in seiner Funktion als Eigentümer auch direkt Einfluss auf die Gesellschaft nehmen kann. Er hat zum Beispiel veranlasst, dass eine gewisse Anzahl Parkplätze für die Öffentlichkeit erhalten bleiben muss. Er hat es allerdings leider verpasst, eine klare Vorgabe zur Anordnung der Parkplätze zu machen. Diese direkte Einflussnahme ist richtig und wichtig gewesen. Jeder 100%ige Aktionär nimmt auch in der Privatwirtschaft Einfluss auf sein Unternehmen, selbst wenn er nicht direkt im Verwaltungsrat sitzt.

Im vorliegenden Fall stiehlt sich der Stadtrat aber aus der Verantwortung mit dem Verweis auf die Rolle als Bewilligungsbehörde in einem laufenden Baubewilligungsverfahren.

Lieber Stadtrat: Das ist kein Rollenkonflikt! Als Bewilligungsbehörde prüfen Sie das Baugesuch rechtlich. Als Eigentümer ändern Sie via Verwaltungsrat das Baugesuch. Es handelt sich hier um eine politische und nicht um eine rechtliche Frage.

Um es kurz zu machen:

Wir haben es als Stadt offensichtlich verpasst, der RPB AG in einer frühen Planungsphase genügend klare Vorgaben zu machen, wie sie mit Grünflächen umzugehen hat. Natürlich kann der Stadtrat auch jetzt in seiner Funktion als Eigentümer Einfluss nehmen. Er müsste dazu via Verwaltungsrat veranlassen, dass ein abgeändertes Baugesuch eingereicht würde.

Ich möchte zum Schluss die Analogie zum Kurpark machen:

Auch da wollte ein partiell städtisches Unternehmen Grünfläche überbauen. Auch da war das Baugesuch bereits eingereicht worden. Das Badener Stimmvolk hat sich dann aber mit der Annahme der Kurparkinitiative klar gegen die Überbauung des Grünraums gewehrt.

Ich bitte deshalb den Stadtrat, seine Verantwortung als Eigentümer wahrzunehmen und im Jahr des Wakkerpreises diesen Planungsfehler im Quartier Limmat Rechts zu korrigieren – in seiner Funktion als Eigentümer und nicht als Bewilligungsbehörde.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Die Anfrage wurde zum Zeitpunkt eingereicht, als das Baugesuchsverfahren lief. Wenn wir gleichzeitig ein Baugesuchsverfahren als Bewilligungsbehörde beurteilen müssen, und wir Fragen beantworten sollten, die inhaltlich das Baugesuchsverfahren betreffen, sind wir der Meinung, dass wir nicht zuerst dem Einwohnerrat darüber Auskunft geben können, sondern zuerst die Angelegenheit prüfen müssen. Genau so ein Fall ist die obenerwähnte Parkplatzangelegenheit. Deshalb können wir darauf keine Antwort geben. Wir müssen zuerst verschiedene Punkte im Rahmen des Baugesuchs prüfen. Wir können hier also keine Aussage machen, weil wir sonst in das Bewilligungsverfahren eingreifen würden. Wir haben das Votum zur Kenntnis genommen.

## **Hansruedi Stauffacher**

Die SP-Fraktion unterstützt die Stossrichtung der Anfrage, mehr Grün und weniger Parkplätze.

Ich war eine Zeit lang Nachbar des RPB (Rektor der Kanti Baden) und möchte gern eine Anregung anbringen.

Wir haben öfter wegen der Parkplätze zusammengearbeitet, die Kanti und das RPB. Die Kanti wird ausgebaut. Aktuell läuft der Architekturwettbewerb. Der Ausbau wird die Parkplatzsituation an der Kanti verändern. Hat man schon daran gedacht, dass das RPB und die Kanti bezüglich Parkplatzsituation zusammenarbeiten könnten? Es gäbe vielleicht auch eine gemeinsame Lösung. Zwischen den beiden Institutionen hat es an der Wettingerstrasse eine grosszügige Unterführung – und bald vielleicht sogar einen Fussgängerstreifen. Zudem hat die Stadt der Kanti deutlich gemacht, wie wichtig der Wald entlang der Wettingerstrasse als Grünraum sei. Da müsste die Stadt auf der Seite des RPB den Grünraum doch auch ernst nehmen.

### **1b Dringliche Motion Nadia Omar und Mitunterzeichnende vom 12. August 2020 betreffend Überarbeitung von Badens WOV (45/20); Antrag auf Überweisung**

#### **Nadia Omar**

WOV basiert auf drei Pfeilern:

- dem Steuern über Leistungsaufträge und Wirkungsziele,
- einem Globalbudget, das mehr Entscheidungsfreiraum für die Verwaltung im Einsatz der Ressourcen vorsieht,
- die Verwendung von wettbewerbsnahen Anreizmechanismen.

Im Grundsatz geht es um eine Bewegung weg von der Ressourcenorientierung hin zur Leistungs- und Wirkungsorientierung.

Baden gehört mit den Gemeinden Bern, Thun, Winterthur und Riehen zu den Pioniergemeinden, die 1996 sukzessive WOV eingeführt haben. Was dynamisch und wirkungsorientiert gestartet hat, ist heute erlahmt.

Wir im Einwohnerrat kennen alle die Situation: Wir stellen uns die grosse Frage, wann und wo wir im Budget etwas anpassen können. Wir sind immer entweder zu spät, nämlich in der Budgetdebatte oder zu früh. So wie bei meinem Versuch in diesem Sommer, in der Diskussion über die Rechnung neue Messgrössen zu verlangen.

Wir alle ächzen halbjährlich über die Komplexität der internen Verrechnungen. Was wurde wirklich ausgegeben und was ging nur vom linken in den rechten Hosensack? Wir fragen uns, wieso die eine Abteilung mehr Mittel in ihre WOV-Kasse kriegt als die andere, die gar nichts verrechnen kann. Mit dieser Ratlosigkeit sind wir nicht allein: Allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern der WOV-Gemeinden und Kantone ging es so. Eine Überprüfung und danach eine Überholung des Systems bringt hier Abhilfe. WOV tönt vielleicht trocken. Es ist aber der Kern unserer Arbeit. Wir wollen das Budget nicht nur abnicken mit dem ständigen Gefühl, sowieso nichts ändern zu können.

Um das zu erreichen, ist eine externe Überprüfung durch Profis notwendig. Dabei ist es ganz wichtig, die Anliegen des Einwohnerrats, unsere Prozesse, unsere Schwierigkeiten und teilweise unseren Frust zu berücksichtigen.

Wir brauchen deshalb eine WOV-Kommission, die es jetzt entschlossen anpackt und zu überarbeiten hilft.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Der Stadtrat findet die Überprüfung dieser Angelegenheit wichtig. Ich bin mir allerdings nicht sicher, wer die Überprüfung machen soll. Aus meiner Sicht wird der Stadtrat aufgefordert, eine externe Überprüfung des Badener WOV-Systems durch ein spezialisiertes Büro zu veranlassen und die nötigen Anpassungen vorzunehmen. Dieser Prozess soll durch eine nicht ständige einwohnerrätliche Kommission begleitet werden.

Da wir noch nicht wissen, was die Überprüfung zum Schluss ergeben wird, ist der Stadtrat der Ansicht, die Überprüfung extern durchführen zu lassen.

### **Beschluss:**

Die dringliche Motion Nadia Omar und Mitunterzeichnende vom 12. August 2020 betreffend Überarbeitung von Badens WOV (45/20) wird überwiesen. (einstimmig)

### **Sander Mallien, Präsident Einwohnerrat**

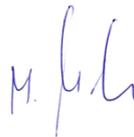
Im Oktober werden wir wiederum in dieser Halle die Doppelsitzung des Einwohnerrats durchführen. Ich freue mich, alle gesund hier wiederzutreffen.

Sitzungsende: 22.15 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN



Sander Mallien  
Präsident



Marco Sandmeier  
Protokollführer